

Region Trier 2025

Fachkräfte sichern – Mittelstand stärken



Impressum

Herausgeber



Industrie- und Handelskammer Trier
verantwortlich: Dr. Jan Glockauer, Hauptgeschäftsführer



Handwerkskammer Trier
verantwortlich: Dr. Manfred Bitter, Hauptgeschäftsführer

Redaktion



Dr. Matthias Schmitt, Industrie- und Handelskammer Trier
Herzogenbuscher Straße 12, 54292 Trier
Tel.: 0651/9777-901, Fax: 0651/9777-505, E-Mail: schmitt@trier.ihk.de



Dr. Matthias Schwalbach, Handwerkskammer Trier
Loebstraße 18, 54292 Trier
Tel.: 0651/207-352, Fax: 0651/207-215, E-Mail: mschwalbach@hwk-trier.de

Gestaltung

Nicole Wollscheid, nw Gestaltung, Trier

Druck

Schmekies Medien & Druckerei, Konz

Inhalt

Vorwort

3

Regionale Wirtschaftsentwicklung

4

Fachkräftesicherung als zentrale
Herausforderung angehen

6

In bedarfsgerechte und hochwertige
Bildung investieren

8

Ausbau der Breitbandinfrastruktur –
Zentraler Standortfaktor

11

Mobilität ist Zukunft – Infrastruktur
erhalten, Engpässe beseitigen

12

Regionalen Handel stärken

15

Tourismus: Mit neuen Strategien
und Kooperation zum Erfolg

17

Regionale Schlagkraft erhöhen

19

Kommunalverwaltungen:
Mittelstandsfreundlichkeit leben

22

Kommunalhaushalte zukunftsfähig
gestalten

24

Wirtschaftsfreundliche
Energieversorgung gewährleisten

25

Zwölf Forderungen für einen starken
Wirtschaftsstandort Region Trier

28

Vorwort

Die Region Trier, bestehend aus der Stadt Trier und den Landkreisen Bernkastel-Wittlich, Trier-Saarburg, Vulkaneifel sowie Eifelkreis Bitburg-Prüm, befindet sich in einem intensiven Standortwettbewerb

mit anderen Regionen um Unternehmen und Fachkräfte. Nur, wenn die hiesigen Standortbedingungen Investitionsanreize schaffen, die sich deutschlandweit nicht verstecken müssen, sind langfristig Wachstum, Wohlstand und Beschäftigungsaufbau gesichert. Zum wirtschaftlichen Erfolg einer Region trägt ein ganzes Bündel von Standortfaktoren bei. Trotz des großen Einflusses europäischer und nationaler Vorgaben verbleiben den Kommunen dennoch wichtige Stellschrauben, an denen sie drehen können, um Betriebe an ihren Standort zu binden. Dies beginnt bei der Unternehmensorientierung der Kommunalverwaltungen, reicht über die Höhe kommunaler Steuern, Gebühren und Abgaben bis hin zur Unterstützung von Standortmarketingprozessen und dem Ausweis erfolgreich vermarktbarer Gewerbeflächen.

Eine hervorgehobene Bedeutung im interregionalen Standortwettbewerb kommt, gerade im Hinblick auf die Demografiefestigkeit der vorwiegend ländlich strukturierten Region Trier, insbesondere drei Faktoren zu: der Verfügbarkeit passend

qualifizierter Fach- und Führungskräfte, dem Ausbaustand einer leistungsfähigen Breitbandinfrastruktur sowie der verkehrlichen Erreichbarkeit vor allem über eine bedarfsgerecht ausgebaute Straßenverkehrsinfrastruktur. Mit dem vorliegenden gemeinsamen Positionspapier wollen die Industrie- und Handelskammer und die Handwerkskammer Trier konkrete Perspektiven für unsere Region aufzeigen, wie die Standortattraktivität im gemeinsamen Schulterschluss von Politik, Wirtschaft und Verwaltung nachhaltig gestärkt werden kann. Hierzu formulieren wir konkrete Vorschläge, deren Umsetzung einen spürbaren Beitrag zur Stärkung der regionalen Wirtschaftskraft leisten würde.

In den vergangenen Jahren hat sich in der Region Trier einiges getan. Regionale Netzwerke wirken noch enger zusammen, um die Bedingungen für eine nachhaltige Fachkräftesicherung zu verbessern. Hierzu wurden Projekte und Messen ebenso durchgeführt wie Informations- und Werbematerialien erarbeitet. Themen wie Arbeitgeberattraktivität, betriebliches Gesundheitsmanagement, Ausbildungsmarketing und Willkommenskultur prägen zunehmend die Zusammenarbeit in der Region. Im Hinblick auf die Versorgung mit schnellem Internet sind in den vergangenen fünf Jahren Fortschritte erzielt worden, sodass auch im ländlichen Raum die so genannten „weißen Flecken“ reduziert werden konnten. Die Entscheidung für den Bau der B 50neu mit Hochmoselübergang

sowie der Weiterbau am A 1-Lückenschluss sind positive Zeichen zur Stärkung der Straßeninfrastruktur. Gleichzeitig hat es aber auch Rückschläge gegeben. Die West- und Nordumfahrung Triers drohen, „abmoderiert“ zu werden. Die Deutsche Bahn AG hat im Dezember 2014 ihren Fernverkehr nach Trier eingestellt. Der Breitbandausbau hält bisher mit den gestiegenen technischen und wirtschaftlichen Anforderungen der Unternehmen nicht mit, was insbesondere eine schwere Hypothek für den ländlichen Raum bedeutet. Die Anspannung am Markt für Fachkräfte und geeignete Auszubildende hat trotz aller Bemühungen von Wirtschaftskammern und Unternehmen zugenommen. Auch perspektivisch ist hier keine Trendumkehr zu erkennen. Die Kommunen haben zudem in den vergangenen Jahren in nie dagewesenem Ausmaß an der Gewerbe- und Grundsteuerschraube gedreht und damit die Standortbedingungen verschlechtert.

Trotz einer ausgezeichneten Arbeitsmarktbilanz bleibt der wirtschaftliche Wohlstand der Region Trier gemessen am Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigem deutlich hinter dem deutschen Durchschnitt zurück. Diese „Wohlstandslücke“ ist in den vergangenen Jahren sogar gewachsen. Es ist also weiterhin dringender standortpolitischer Handlungsbedarf festzustellen. Lassen Sie uns die Herausforderungen gemeinsam anpacken!

Trier, im März 2015

Peter Adrian
Präsident

Dr. Jan Glockauer
Hauptgeschäftsführer

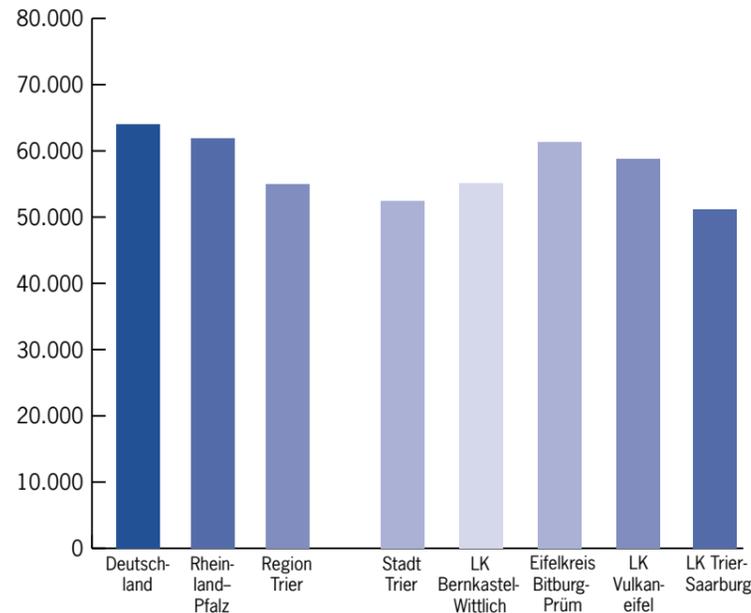
Rudi Müller
Präsident

Dr. Manfred Bitter
Hauptgeschäftsführer

Industrie- und Handelskammer Trier

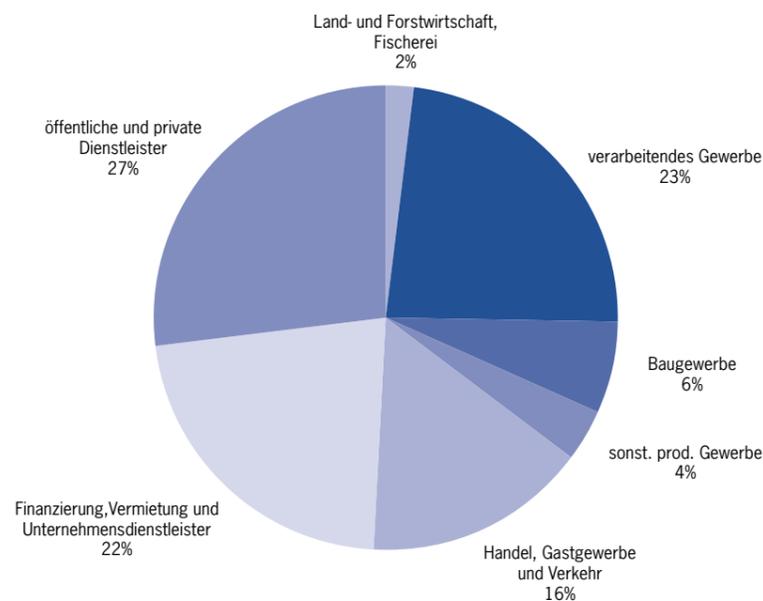
Handwerkskammer Trier

Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigem in Euro (2012)



Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz; Grafik: Wollscheid

Bruttowertschöpfung Region Trier nach Wirtschaftsbereichen in Prozent (2012)



Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz; Grafik: Wollscheid

Die Wirtschaft der Region Trier ist stark mittelständisch geprägt. Ein gutes Dutzend Unternehmen, vor allem aus dem verarbeitenden Gewerbe, beschäftigt jeweils mehr als 500 Mitarbeiter und gehört damit zu den großen regionalen Firmen. Das Gros der 28.500 IHK- und 7.000

HWK-Mitgliedsunternehmen, insbesondere außerhalb des industriellen Sektors, weist einstellige Mitarbeiterzahlen auf. Neben Industrie und Handwerk sind Gesundheitswirtschaft und Handel beschäftigungsintensive Branchen. Die mittelständisch geprägte und sektoral differenzierte Wirtschaftsstruktur mit einer vergleichsweise geringen Exportquote „glättet“ die Konjunkturtrends auf regionaler Ebene.

Wirtschaftskraft noch ausbaufähig

Die regionale Wirtschaftskraft, gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Erwerbstätigem, bleibt hinter dem rheinland-pfälzischen und deutschlandweiten Vergleichswert zurück. Während auf jeden in der Region Trier Beschäftigten ein BIP von rund 55.000 Euro im Jahr 2012 – dem aktuellen Rand der zum Redaktionszeitpunkt verfügbaren Statistik – entfällt, beträgt dieser Wert für Rheinland-Pfalz 62.000 Euro und im deutschen Durchschnitt sogar 64.000 Euro. Die Region liegt damit etwa elf Prozent unter dem rheinland-pfälzischen und 14 Prozent unter dem bundesdeutschen Durchschnittswert. Hierbei streuen die intraregionalen kreisbezogenen BIP-Werte stark. Während der Eifelkreis Bitburg-Prüm mit mehr als 61.000 Euro BIP je Erwerbstätigem in etwa auf Höhe des Landeswerts rangiert, bilden die Stadt Trier mit gut 52.000 Euro und der Landkreis Trier-Saarburg mit 51.000 Euro BIP je Erwerbstätigem die hiesigen Schlusslichter. Diese Werte liegen nahezu 20 Prozent unter dem deutschen Durchschnitt. Es besteht demzufolge ein wirtschaftlicher Aufholbedarf, der nicht zuletzt auf eine unterdurchschnittliche Innovationsstärke der regionalen Wirtschaft zurückzuführen sein dürfte, wie Auswertungen des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz sowie des Zen-

trums für Europäische Wirtschaftsforschung aus Mannheim in den vergangenen Jahren aufgezeigt haben.

Die Lücke in der Wirtschaftskraft konnte in den vergangenen 20 Jahren nicht geschlossen werden; sie hat sich teilweise sogar vergrößert. Während das bundesdeutsche Bruttoinlandsprodukt von 1992 bis 2012 nominal um 62 Prozent zunahm, wuchs die Region Trier lediglich um 57 Prozent. Der rheinland-pfälzische Wert legte um 54 Prozent zu. Auch die Wachstumsraten des BIP unterscheiden sich deutlich innerhalb der Region Trier. Am wenigsten glänzte hierbei das Oberzentrum, das in den vergangenen 20 Jahren lediglich um 33 Prozent zulegen konnte. Einen Spitzenwert im Dynamikranking erreicht der Landkreis Trier-Saarburg mit einer Wachstumsrate von 88 Prozent. Dazwischen liegen die Landkreise Bernkastel-Wittlich (57 Prozent), Vulkaneifel (63 Prozent) und der Eifelkreis Bitburg-Prüm (72 Prozent).

Trend zur Tertiärisierung

Wie in allen entwickelten Volkswirtschaften dominiert mittlerweile auch in der Region Trier der Dienstleistungssektor die regionale Wirtschaftsstruktur quantitativ. Auf den tertiären Sektor entfallen rund zwei Drittel der Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen, die 2012 bei insgesamt 12,5 Milliarden Euro lag. Den größten Anteil mit etwa 27 Prozent halten öffentliche und private Dienst-

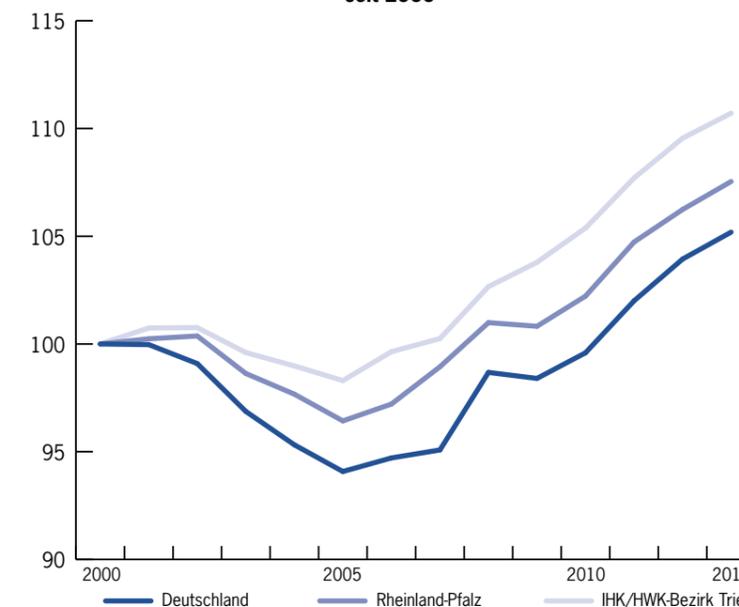
leister, gefolgt vom Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister (22 Prozent) sowie Handel, Gastgewerbe und Verkehr mit knapp 16 Prozent. Auf das produzierende Gewerbe entfällt ein Drittel der regionalen Wertschöpfung. Das verarbeitende Gewerbe, dessen regionaler Schwerpunkt sich im Landkreis Bernkastel-Wittlich befindet, steht mit insgesamt knapp drei Milliarden Euro für ein knappes Viertel der Wertschöpfung und bildet damit nach wie vor einen zentralen Pfeiler der regionalen Wirtschaftsstruktur. Quantitativ kaum noch ins Gewicht fällt der primäre Sektor, auf den lediglich zwei Prozent Wertschöpfungsanteil entfallen.

Dynamische Beschäftigungsentwicklung

Nicht zuletzt aufgrund von knapp 30.000 Berufspendlern aus der Region Trier, die täglich zur Arbeit das Großherzogtum Luxemburg aufsuchen, präsentiert sich der hiesige Arbeitsmarkt in einer aus Bewerbersicht sehr guten Verfassung. Die Arbeitslosenquote bewegt sich im Jahresverlauf regelmäßig um die Vier-Prozent-Marke. In weiten Teilen der Region herrscht Vollbeschäftigung. Doch nicht nur der externe Faktor Luxemburg trägt zur derzeit guten Arbeitsmarktlage bei, sondern auch die regionsinterne Entwicklung. 2013 waren hier rund 160.000 Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Zur Jahrtausendwende waren es nur 144.000. Damit hat die regionale

Beschäftigung in diesem Zeitraum um 10,7 Prozent zugenommen. Dieser Wert liegt deutlich oberhalb der rheinland-pfälzischen (7,6 Prozent) und bundesdeutschen (5,2 Prozent) Beschäftigungswachstumsrate. Besonders personalstarke Branchen sind das Gesundheitswesen, der Einzelhandel, das Bau- und Ausbaugewerbe, die öffentliche Verwaltung und das Nahrungsmittelgewerbe. In letzterem konzentrieren sich auch die Großunternehmen der Region mit mehr als 500 Arbeitnehmern. Laut Arbeitsmarktmonitor der Agentur für Arbeit weist die Region im Vergleich zum bundesdeutschen Durchschnitt eine erhöhte Saisonabhängigkeit der Beschäftigung und eine leicht überdurchschnittliche Teilzeitquote auf. Aufgrund der mittelständischen Struktur liegt der Anteil der Beschäftigten in Großbetrieben mit knapp einem Viertel deutlich unter dem deutschen Vergleichswert von einem Drittel. Auffallend ist der unterdurchschnittliche Anteil von Arbeitnehmern, die eine komplexe Tätigkeit verrichten (Region Trier: 19 Prozent; Deutschland: 23,5 Prozent).

Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Region Trier, Rheinland-Pfalz und Deutschland seit 2000



Quellen: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit (Erhebung jeweils vom 30.06.), LISneu, Statistisches Bundesamt; Grafik: Wollscheid



© IHK

Der Arbeitsmarkt in der Region Trier hat sich nachhaltig gedreht. Die Arbeitslosenquote liegt seit mehreren Jahren bei etwa vier Prozent, womit nahezu Vollbeschäftigung erreicht ist. Für viele Unternehmen bedeutet dies, dass sie große Schwierigkeiten haben, passende Fachkräfte und Auszubildende zu finden. Durch die rückläufige demografische Entwicklung muss davon ausgegangen werden, dass sich der Fachkräftengpass weiter verschärfen wird. Ohne wirkungsvolle Gegenmaßnahmen wird der Fachkräftemangel zu einer Wachstumsbremse, welche die gesamte wirtschaftliche Entwicklung der Region Trier auf Jahre negativ beeinflussen kann. Deshalb kümmern sich beide Kammern mit höchster Priorität um die Fachkräftesicherung. Zur Analyse des Arbeitsmarktes wurde eine Reihe an Untersuchungen durch-

geführt: Im Spätsommer 2011 haben IHK und HWK eine großangelegte Unternehmensumfrage durchgeführt, an der sich rund 700 Unternehmen mit mehr als 30.000 Beschäftigten beteiligt haben. Die IHK hat mit ihren Schwesterkammern aus Rheinland-Pfalz den „Fachkräftemonitor 2030“ eingerichtet, der branchenspezifisch und regional differenziert die aktuellen und für die Zukunft prognostizierten Daten für Fachkräfteangebot und -nachfrage unter www.fachkraeftemonitor-rlp.de bereitstellt. Die HWK hat im Herbst 2014 sämtliche Mitgliedsunternehmen angeschrieben und sie nach ihrem Lehrlings- und Fachkräftebedarf befragt.

Schwerpunkte des Fachkräftemangels

Aus den genannten Untersuchungen ergibt sich, dass die regionale Fachkräftelücke allein im gewerblichen Bereich aktuell bei über 4.000 unbesetzten Stellen liegen dürfte.

Es kann jedoch nicht von einem allgemeinen Fachkräftemangel gesprochen werden. Bei näherer Betrachtung ergibt sich ein differenziertes Bild: So haben kleinere Betriebe deutlich größere Schwierigkeiten bei der Stellenbesetzung als größere Unternehmen. Hinsichtlich der Branchenzugehörigkeit ist im Bau- und Ausbaugewerbe die Fachkräftelücke besonders groß. Im sonstigen Handwerk melden vor allem Betriebe aus den Bereichen Metallbau, Friseurie sowie aus dem Lebensmittelhandwerk unbesetzte Stellen. Aus dem Bereich der IHK fehlen verstärkt im Dienstleistungssektor Fachkräfte, aber teilweise auch im Handel und – derzeit quantitativ noch eher punktuell – in den größeren Industrieunternehmen. Hinsichtlich des Qualifikationsniveaus mangelt es vor allem an Personen mit abgeschlossener dualer Ausbildung sowie – insbesondere im Handwerk – an Auszubildenden. Quantitativ weniger stark ausgeprägt sind dagegen die Lücke an Fachkräften mit Hochschulabschluss sowie der Bedarf an Hilfskräften.

Maßnahmen zur Deckung des Fachkräftebedarfs

Der Fachkräftemangel ist eine so zentrale Herausforderung, dass alle Beteiligten – Unternehmen, Kammern, die Agentur für Arbeit, wirtschaftsfördernde Einrichtungen – in enger Abstimmung ihr Bestes geben müssen, um die offenen Stellen dauerhaft zu besetzen. Es wäre auch unzureichend, wenn sich diese Akteure nur auf Einzelmaßnahmen konzentrieren würden. Vielmehr muss die gesamte Klaviatur an Instrumenten gespielt werden. Zahlreiche Unternehmen haben – in unterschiedlicher Intensität – bereits Maßnahmen ergriffen, um sich als attraktiver Arbeitgeber oder Ausbilder zu präsentieren. Durch Weiterbildungsmaßnahmen, familienfreundliche Arbeitsbedingungen, betriebliches Gesundheitsmanagement, die Gewährung freiwilliger sozialer Leistungen oder übertariflicher Bezahlung, die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer sowie verstärkte Lehrlingsausbildung versuchen die Betriebe, ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stärker an das Unternehmen zu binden und leistungsfähig zu erhalten sowie neue Fachkräfte zu gewinnen. Bei diesen Aktivitäten benötigen die Unternehmen Unterstützung, die sie von IHK und HWK erhalten. Beide Kammern haben ein umfassendes Dienstleistungsangebot zusammengestellt, auf das ihre Mitglieder zurückgreifen können. Lehrbetriebe erhalten vielfältige Unterstützung in ihren Anstrengungen zur Gewinnung von Auszubildenden und zur Bindung junger Fachkräfte. Regionale Ausbildungsmessen bieten Unternehmen eine Plattform, für sich und ihre Berufe zu werben. Schüler-Elterntage der HWK, die Schüler-Azubi-Akademie der IHK sowie gemeinsame Projekte und Kampagnen informieren, qualifizieren und werben für die guten Karriereperspektiven der dualen Aus- und Weiterbildung. Neben dem starken Engagement im Ausbildungsbereich helfen Personal- und

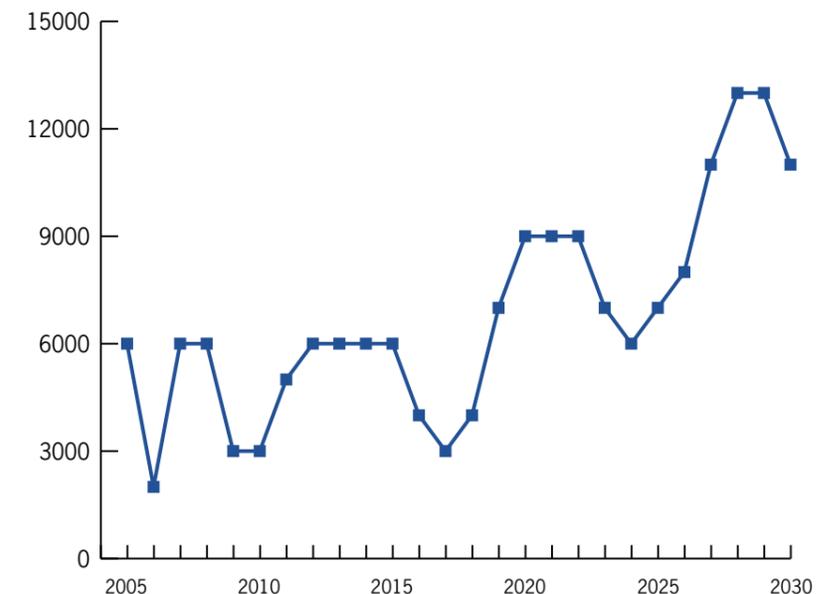
Organisationsberatungen sowie Informations- und Sensibilisierungsveranstaltungen bis hin zur Personalagentur der Handwerkskammer weiter, die an den Standorten Trier, Gerolstein und Daun Qualifizierungs- und Vermittlungsleistungen anbietet. Im Frühjahr 2015 startet zudem das gemeinsam von der Landesregierung und den IHKs getragene Welcome Center unter anderem auch mit einem Standort in Trier, dessen Ziel es ist, ausländische Fachkräfte für die Region zu begeistern und an sie zu binden. Begonnen wurden Maßnahmen, die auf eine stärkere Einbindung von Migranten und Ausländern, beispielsweise aus anderen Teilen der Großregion, abzielen. Zukünftig darf nach Überzeugung der Kammern auch die rechtlich komplizierte Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern in den regionalen Arbeitsmarkt kein Tabuthema mehr sein. Neu aufgebaut und stark ausgeweitet wurde in beiden Kammern zudem das betriebliche Gesundheitsmanagement. Hier erhalten die Unternehmen Hilfestellung, wenn sie im eigenen Unternehmen gesundheitsfördernde

Maßnahmen umsetzen möchten. Zudem setzen sich die Kammern für die Verbesserung der Standortattraktivität ein, um die Region Trier für noch mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer als ansprechenden Lebens- und Arbeitsort interessant zu machen.

Forderungen von IHK und HWK

- Weitere Anstrengungen aller Partner, Qualität und Image der Region Trier für Fachkräfte zu verbessern.
- Möglichst passgenaue Vermittlung von Arbeitskräften durch die Agentur für Arbeit.
- Überregionale Rekrutierung von Fachkräften stärken.
- Anwerbung ausländischer Fachkräfte und Schaffung einer ausgeprägten Willkommenskultur in der Region.
- Einbindung von Flüchtlingen und Asylsuchenden in den regionalen Arbeitsmarkt.
- Unterstützung von unternehmerischen Aktivitäten, sich als attraktiver Arbeitgeber zu profilieren und eine Arbeitgebermarke zu schaffen.

Fachkräftebedarf in der Region Trier 2005 - 2030 (Prognose)



Quelle: IHK-Fachkräftemonitor; Grafik: Wollscheid

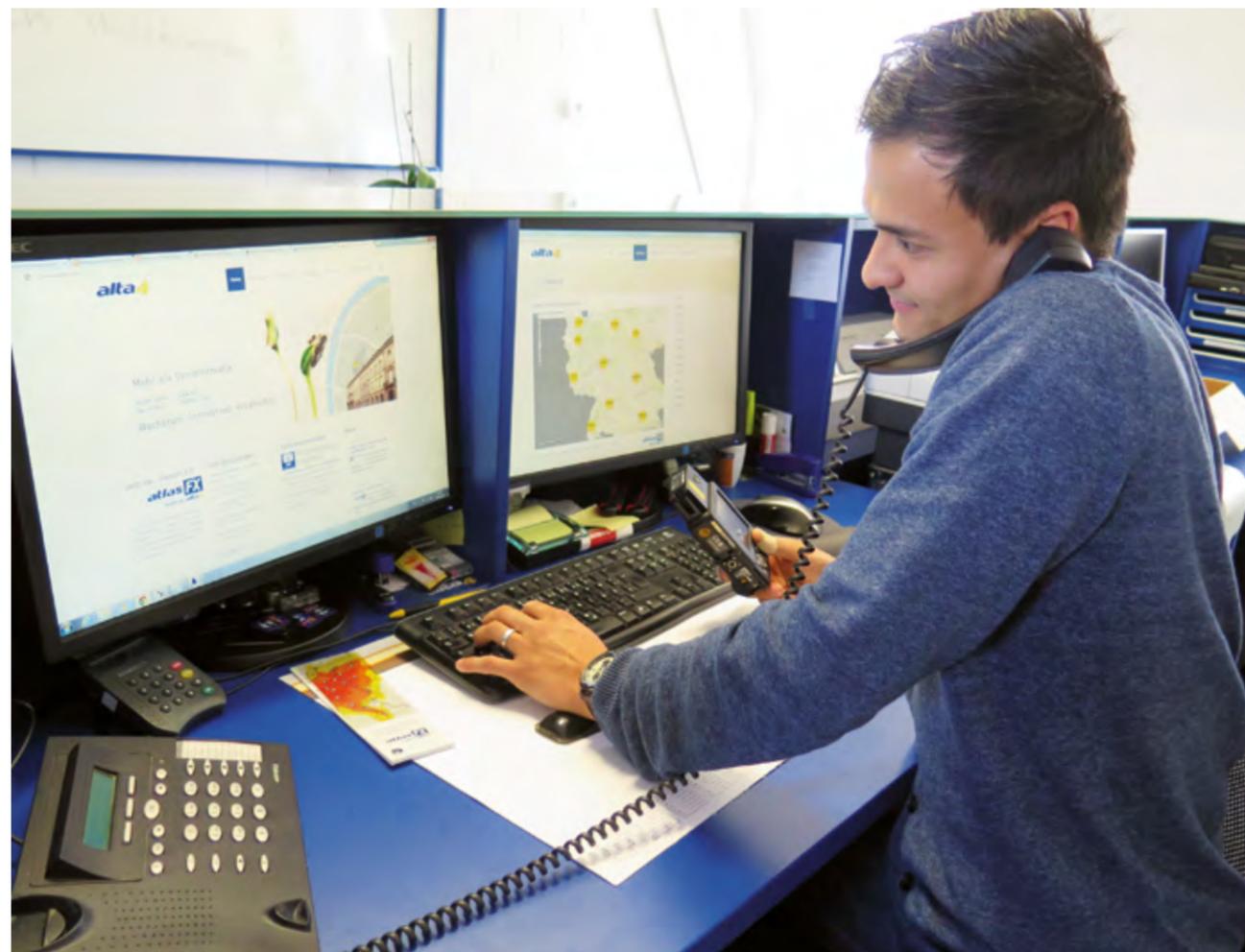
In bedarfsgerechte und hochwertige Bildung investieren

Ein qualitativ hochwertiges Bildungsangebot bleibt eine entscheidende Investition zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit einer Region. Die demografische Entwicklung eröffnet jungen Menschen entsprechend ihrer individuellen Bedürfnisse und Begabungen vielfältige Bildungs- und Ausbildungschancen. Gleichzeitig wachsen damit aber die Herausforderungen für die regionale Wirtschaft zur Sicherung ihres Fach- und Führungskräftenachwuchses.

„Wettbewerb um Köpfe“ nicht zu Lasten der Qualität

Spätestens durch die Zusammenlegung von Haupt- und Realschulen zur „Realschule plus“ ist unter dem demografischen Druck auch in der Region Trier ein Wettbewerb zur Sicherung der eigenen Schulstandorte und Bildungsangebote entbrannt. Inzwischen sprunghaft gestiegene Abiturientenquoten könnten als Beleg für eine bessere Bildung, mehr Chancengerechtigkeit und eine erhöhte Durchlässigkeit interpretiert werden. Gleichzeitig muss aber gerade die Wirtschaft feststellen, dass die schulischen Abschlüsse und Zeugnisse

zunehmend an Aussagekraft und Wertigkeit verlieren. Angesichts begrenzter Ressourcen wächst damit aber weiter die Gefahr, dass sowohl die Förderung leistungsstarker, aufstiegsorientierter Jugendlicher als auch die individuelle Unterstützung von Jugendlichen mit besonderem Förderbedarf nicht in dem gewünschten und notwendigen Umfang erfolgen kann. Die Schulen müssen daher in die Lage versetzt werden, diese zentrale gesellschaftliche Aufgabe, die gerade durch die aktuelle Thematik „Inklusion“ besonders hervorgehoben wird, auch tatsächlich erfüllen zu können.



© IHK

Berufliche Bildung in den Mittelpunkt rücken

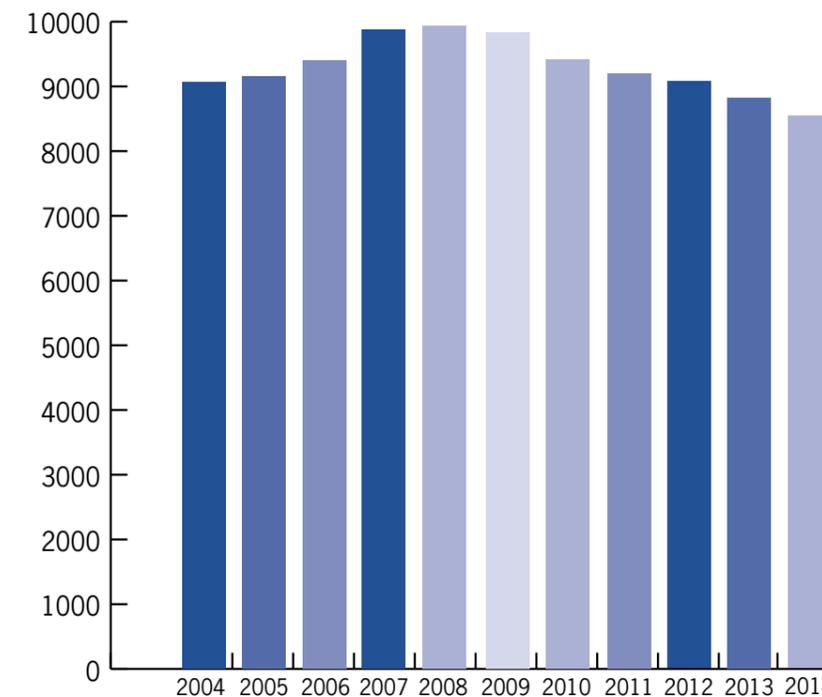
Ein Blick über die Grenzen hinweg bestätigt eindrucksvoller denn je, dass gerade die mitteleuropäischen Länder mit dualem Ausbildungssystem wirtschaftlich besonders erfolgreich sind und eine außerordentlich niedrige Jugendarbeitslosigkeit aufweisen – ganz im Gegensatz zu Ländern mit hohen Abiturienten- und Akademikerquoten. Dringend notwendig ist es daher, dieses gewachsene System der dualen beruflichen Erstausbildung in Verbindung mit einem attraktiven System beruflicher Anpassungs- und Aufstiegsfortbildung auch in den Mittelpunkt der öffentlichen politischen Diskussionen zu rücken. Dies gilt umso mehr, als die Berufs- und Lebensperspektiven für Jugendliche mit unterschiedlichsten Begabungen in der Region Trier nach wie vor

außerordentlich günstig sind. Zudem besteht in der Region Trier, aufgrund ihrer stark mittelständisch geprägten Wirtschaftsstruktur, ein besonders ausgeprägter Bedarf an beruflich qualifizierten Fachkräften. Dies belegen auch umfangreiche Unternehmensbefragungen der Kammern. Zur Stärkung der Attraktivität der beruflichen Bildung sind auf Landesebene u. a. verstärkte Anstrengungen im Bereich der Sicherung der Ausbildungsreife, eine effektive Berufsorientierung in allen Schularten der Sekundarstufe I und II, eine bessere Lehrer- und damit Unterrichtsversorgung in den Berufsschulen und die Möglichkeit des direkten Hochschulzugangs nach einer erfolgreichen Erstausbildung notwendig. Hierzu besteht in der Region Trier ein hervorragend funktionierendes Netzwerk, in dem alle relevanten Akteure eng kooperieren und das zielgerichtet weiter ausgebaut werden muss.

Attraktive Hochschulen

Leistungsfähige und attraktive Hochschulen sind ein entscheidender Standortfaktor und tragen wesentlich zum Profil der Region Trier bei. Durch die enge Zusammenarbeit der Wirtschaft vor Ort werden zusätzliche Begabungs- und Innovationspotenziale für die Region Trier erschlossen und gesichert. Dies ist langfristig eine wichtige Basis für Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit. Die enge Verknüpfung mit der beruflichen Praxis zeigt sich inzwischen insbesondere im Angebot dualer Studiengänge, welches in enger Kooperation der Hochschule Trier mit den Kammern sukzessive ausgebaut wurde, sodass die Region hier inzwischen eine landesweite Vorreiterrolle einnimmt. Zur Talentsicherung gehört aber auch die enge Zusammenarbeit der relevanten Akteure wie Hochschulen, Wirtschaftskammern und Arbeitsagentur im Bereich der immer drängenderen Problematik der „Studienabbrecher“. Hier gilt es, jungen Menschen den Weg zur beruflichen Neuorientierung zu erleichtern und attraktive Berufs- und Aufstiegsperspektiven aufzuzeigen. Zur Stärkung des Wissenstransfers zwischen Wirtschaft und Hochschulen tragen neben dem Forum Hochschule-Wirtschaft auch die neu gegründete Wissenschaftsallianz Region Trier sowie der Ausbau der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bei.

Anzahl eingetragener Ausbildungsverhältnisse von 2004 bis 2014 (IHK und HWK)



Quelle: IHK Trier, HWK Trier; Grafik: Wollscheid

Forderungen von IHK und HWK

- Erarbeitung eines über Verwaltungsgrenzen hinweg abgestimmten Konzepts zu Schulstandorten und konkreten Bildungsangeboten unter Einbeziehung der Wirtschaft.
- Rascher Abbau des Sanierungsbedarfs bei öffentlichen Schulgebäuden und Sicherung der notwendigen Investitionen in Sachausstattung und Personal.
- Qualitative Weiterentwicklung der schulischen Angebote zur individu-

ellen Förderung sowohl leistungsschwächerer als auch leistungsstarker Jugendlicher.

- Vermittlung ökonomischen Grundwissens in allen weiterführenden Schulen.
- Gezielte Berufsorientierung für Schülerinnen und Schüler aller Schularten in enger Kooperation mit der Wirtschaft.
- Systematische Unterstützung von

Jugendlichen und Eltern beim Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf zur Vermeidung ineffizienter „Warteschleifen“.

- Inhaltliche Weiterentwicklung und gemeinsame Vermarktung der dualen Ausbildung als „Premiumprodukt“ durch die regionalen Akteure.
- Enge Kooperation der Bildungsträger im Bereich der beruflichen Weiterbildung zur Sicherung eines

hochwertigen Angebots in der Region.

- Ausbau dualer Studiengänge in enger Zusammenarbeit mit weiterführenden Schulen, Berufsschulen und Hochschulen der Region.
- Entwicklung passgenauer Bildungs- und Unterstützungsangebote zum Übergang aus einer dualen Ausbildung in ein Studium als zusätzliche Karriereoption.

© AMH



Ausbau der Breitbandinfrastruktur – Zentraler Standortfaktor

Die Qualitätsbewertung eines Standortes wird von Unternehmen und Bürgern mit dem Vorhandensein einer schnellen Internetanbindung verknüpft. Moderner Vertrieb und modernes Marketing sind inzwischen ohne stabile Breitbandanbindung undenkbar. Einer aktuellen Standortumfrage der IHK Trier zufolge platzieren die regionalen Unternehmen den Standortfaktor „Breitband- und Internetversorgung“ inzwischen ganz oben auf der Wichtigkeitsskala. Auf der Zufriedenheitsskala liegt die Breitbandversorgung jedoch auf dem viertletzten Platz von insgesamt 20 untersuchten Faktoren und zeigt damit dringenden Handlungsbedarf auf.

„Weiße Flecken“ entfernen

Die „weißen Flecken“ auf der regionalen Breitbandversorgungskarte haben in den vergangenen Jahren deutlich abgenommen, dennoch bleibt die Region im Hinblick auf die Grundversorgung das Schlusslicht in Rheinland-Pfalz. Viele ländliche Gebiete verfügen zwar formal über eine Breitbandanbindung, doch sind die Übertragungsgeschwindigkeiten für das moderne Wirtschaftsleben unzureichend und bleiben weit hinter dem neuesten Stand der Technik zurück („graue Flecken“). Der Bedarf an Bandbreite ist in den vergangenen Jahren exponentiell gestiegen und wird weiter steigen. Für komplexere Internetnutzungen werden heute bereits Datenübertragungsraten von 50 Mbit/s benötigt. Nach Experteneinschätzung ist aber auch dies nur eine Etappe auf dem Weg zu noch deutlich höheren Übertragungsraten. Der Ausbau der Hochgeschwindigkeitsnetze (Next Generation Access Network – NGA) erfordert erhebliche Investitionen, die nur durch gemeinsame Anstrengungen aller Beteiligten wie Netzanbieter, Bund, Länder und Kommunen erreicht werden können. Voraussetzung ist Transparenz über die bestehende Versorgungslage. Langfristige Zielsetzungen, rechtliche Rahmenbedingungen, Nutzung von Synergien, ein vorausschauender Einsatz von Funkfrequenzen sowie passende Finanzierungs- und Förderinstrumente müssen in einem nationalen Masterplan zusammengeführt werden. Vom Land muss zeitnah hierauf aufbauend eine Strategie zum Ausbau eines leistungsfähigen Hochgeschwindigkeitsnetzes entwickelt und umgesetzt werden. Kommunen müssen durch Bund und Land insbesondere bei der Planung und Koordinierung entsprechender Ausbaumaßnahmen unterstützt werden. Die „Digitale Agenda“ der Bundesregierung ist in diesem Zusammenhang grundsätzlich zu begrüßen, bleibt jedoch insgesamt zu vage, und das Ausbauziel, 50 Mbit/s Downloadgeschwindigkeit

bis 2018, greift gerade im Hinblick auf die Anforderungen der Unternehmen zu kurz. Diese werden in absehbarer Zeit Anschlüsse benötigen, die neben hohen Download- auch hohe Uploadraten ermöglichen, sowie eine symmetrische Datenübertragung mit geringen Latenzzeiten und Paketverlusten. Mittelfristig ist daher der intensiviertere Ausbau einer Glasfaserinfrastruktur bis in die Gebäude hinein (FTTH/FTTB) erforderlich. Die Landesregierung sollte diesem Umstand daher in ihrer NGA-Strategie unbedingt ausreichend Rechnung tragen und die Kommunen bei der Planung von Ausbaumaßnahmen entsprechend beraten und durch geeignete Rahmenbedingungen unterstützen.

Investitionen durch passende Förderung ermöglichen

Die Wirtschaftskammern stehen grundsätzlich für marktwirtschaftliche Lösungen, doch diese stoßen an Grenzen, wenn der ländliche Raum angemessen mit schnellem Internet versorgt werden soll. Dort, wo der Markt nicht das gewünschte Ergebnis bringt, ist daher nach anderen Lösungen zu suchen. Mögliche Förderinstrumente müssen dabei effektiv, effizient, technologieoffen, mit minimalem bürokratischem Aufwand und regional ausgeglichen eingesetzt werden. Da Gewerbegebiete in der Praxis vielfach schlechter versorgt sind als Wohngebiete und teure Individuallösungen für kleine und mittlere Unternehmen häufig nicht finanzierbar sind, müssen Förderinstrumente speziell auch für Gewerbegebiete abrufbar sein. Die Gebietskörperschaften sind aufgefordert, in geeigneter Form zu kooperieren, um einen bedarfsgerechten Breitbandausbau für Gewerbe, Fachkräfte und Bürger vor Ort zu ermöglichen.

Forderungen von IHK und HWK

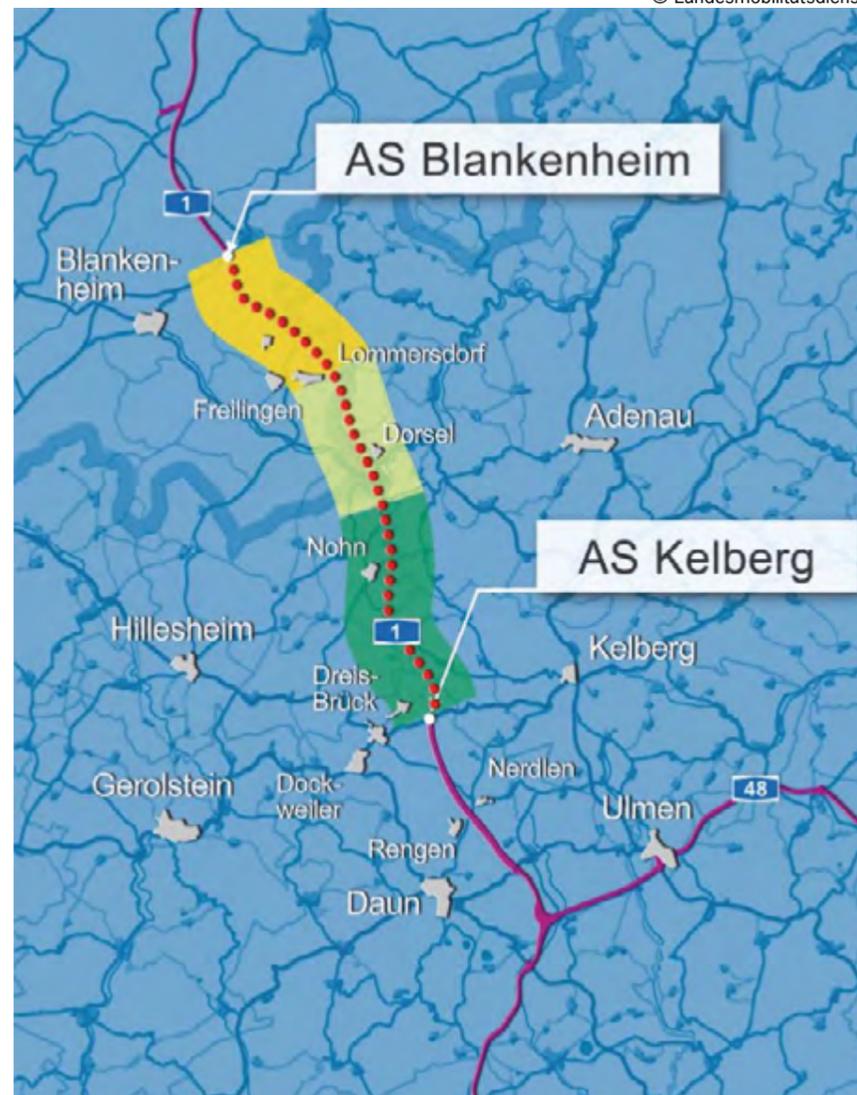
- Zügige Beseitigung der noch verbliebenen weißen und grauen Flecken in der Grundversorgung der Region.
- Flächendeckender Ausbau leistungs- und zukunftsfähiger Hochgeschwindigkeitsnetze mit mind. 50 Mbit/s und symmetrischen Up- und Downloadraten.
- Fortsetzung der Beratungstätigkeit des Breitband-Projektbüros Rheinland-Pfalz.
- Prüfung eines verstärkten Engagements der Kreise zur Nutzung möglicher Synergieeffekte.
- Nutzung von Einsparpotenzialen durch Bündelung von Verlegungsmaßnahmen und konsequente Leerrohrverlegung bei allen Tiefbauarbeiten.

Mobilität ist Zukunft – Infrastruktur erhalten, Engpässe beseitigen

Die im Zuge der Neuaufstellung des „Bundesverkehrswegeplans 2015“ veröffentlichten Prognosen des Bundesverkehrsministeriums sehen von 2010 bis 2030 einen Anstieg der Güterverkehrsleistung um 38 Prozent voraus. 73 Prozent des Güterverkehrs werden 2030 auf der Straße abgewickelt. Ein leistungsfähiges System aus Straßen, Schienennetz, Flughäfen und Wasserstraßen ist vor diesem Hintergrund auch in Zukunft die

unabdingbare Voraussetzung, um eine angemessene Mobilität gewährleisten zu können. Hierzu muss es jedoch zeitnah gelingen, die seit Jahren bestehende Unterfinanzierung des Verkehrswehaushalts zu durchbrechen und über politische Lippenbekenntnisse hinaus eine solide Infrastrukturfinanzierung zu gewährleisten. Zusätzliche Belastungen, z.B. aus einer Erhöhung oder Ausweitung der LKW-Maut bzw. der Einführung einer PKW-Maut, werden von der Wirtschaft abgelehnt. Sollte die öffentliche Hand dennoch diesen Weg wählen, sind die Einnahmen zweckgebunden zu verwenden und Nachteile für grenznahe Regionen auszuschließen.

© Landesmobilitätsdienst



Lückenschlüsse zügig realisieren

Auch in der Region Trier offenbaren sich leider die Folgen einer chronischen Unterfinanzierung, verstärkt durch zunehmende Konflikte mit den Belangen des Natur- und Umweltschutzes und eine schwindende Akzeptanz für Infrastrukturmaßnahmen in Teilen der Bevölkerung. Einige zentrale Projekte, die auf regionaler Ebene zur Gewährleistung einer ausreichenden Mobilität dringend benötigt werden und auch zu einer erheblichen Entlastung der etablierten Fernverkehrsstrecken beitragen könnten, warten hierdurch bereits seit Jahren auf eine dringend gebotene Realisierung. Während mit dem Bau der B 50 neu und dem Hochmoselübergang nach jahrelangem Rechtsstreit der Brückenschlag von der Eifel in den Hunsrück und das Rhein-Main-Gebiet im Jahr 2018 in greifbare Nähe gerückt ist, klafft in der Eifel weiterhin eine Lücke in der A 1, ohne dass ein konkretes Ende bisher absehbar ist. Der A 1-Lückenschluss würde eine erhebliche Verbesserung der Erreichbarkeit der Hauptabsatzgebiete in Nordrhein-Westfalen und eine unterbrechungsfreie Autobahnverbindung von Lübeck bis Spanien ermöglichen. Insbesondere auf der A 61 und B 51 könnte der Lückenschluss zudem eine deutliche Entlastung bewirken. Es gilt, für die verbleibenden Bauabschnitte zügig Baurecht zu erwirken und anschließend eine zeitnahe Finanzierung und Realisierung zu gewährleisten. Eine Aufnahme in die Kategorie „Vordringlicher Bedarf +“ des neuen Bundesverkehrswegeplans ist daher anzustreben.

Trier durch Nord- und Westumfahrung entlasten

Nord- und Westumfahrung Trier würden gemeinsam zu einer wesentlichen Entlastung des Trierer Talraums vom Durchgangsverkehr beitragen und vor allem für die Industrie- und Gewerbegebiete im Trierer Süden



© Thewalt

und im Raum Konz-Saarburg wichtige Wachstumsimpulse geben. Mit der Nordumfahrung Trier wäre zudem eine leistungsfähige Verknüpfung der Region Trier mit der Region Luxemburg/Lothringen/Wallonie möglich, was aufgrund der stark gestiegenen Pendlerverkehre in Verbindung mit den mittlerweile sehr intensiven wirtschaftlichen Verflechtungen der Region Trier mit Luxemburg zwingend notwendig ist. Damit möglichst beide Projekte mittelfristig realisiert werden können, setzen sich die Wirtschaftskammern für deren Aufnahme in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans 2015 ein. Um eine kurzfristige Entlastung im Bereich A 64 / B 52 zu ermöglichen, muss der durchgehend vierstreifige Ausbau dieser Strecke erfolgen. Insbesondere die zeitnahe Realisierung der Biewerbachtalbrücke ist hierbei zu forcieren. Möglichkeiten zur Optimierung der Leistungsfähigkeit der bereits überlasteten Ehringer Brücke und der Anschlussstelle B 52 / A 602 sind darüber hinaus zu prüfen und ggf. umzusetzen. Ein durchgehender dreistreifiger Ausbau ist für die B 51 zwischen Anschlussstelle Bitburg und Trier zu gewährleisten, da die Stre-

cke nach wie vor zu den am intensivsten belasteten Strecken unserer Region zählt. Neben dem Ausbau der Infrastruktur muss auch deren Erhaltung gewährleistet sein. Werden auftretende Schäden nicht zeitnah beseitigt, droht ein Investitionsstau, der später kaum noch zu finanzieren ist. In Anbetracht des teilweise miserablen Zustands zahlreicher Brückenbauwerke und der kommunalen Verkehrsinfrastruktur besteht insbesondere in diesen Bereichen großer Handlungsbedarf.

Schienen- und Wasserwege ausbauen

Die Wirtschaftskammern kritisieren, dass eine bedeutende Tourismusdestination, eine Universitätsstadt und wichtiges Oberzentrum wie Trier und die Hauptstadt Luxemburg mit europäischem Rang und Sitz diverser europäischer Institutionen ganz vom deutschen Fernverkehr abgekoppelt werden. Im Hinblick auf die im Dezember 2014 erfolgte Abkopplung der Region Trier vom Fernverkehr der DB AG sehen die Wirtschaftskammern daher Land und Bund in der Pflicht,

gemeinsam Lösungen für eine Wiederanbindung Triers an den Fernverkehr zu erarbeiten. Im Bereich der Schiene sind zur Schaffung attraktiver, d. h. schneller und leistungsfähiger Verbindungen, weitere Möglichkeiten zur Optimierung der Hauptstrecken zu prüfen. Bei der Eifelstrecke, als vorerst einziger Direktverbindung nach Köln, sollten hierbei ein zweigleisiger Ausbau und die Schaffung von Kreuzungs- und Überholmöglichkeiten erfolgen. Mit Blick auf eine stärkere Nutzung der Strecke für den Güter- und Personenverkehr sollte zudem die Möglichkeit einer Elektrifizierung geprüft werden. Mit dem Ziel einer zukunftsgerichteten Leistungssteigerung der europäischen Wasserstraße Mosel treten IHK und HWK für den zügigen Bau der zweiten Schleusenammern ein, um bestehende Kapazitätsengpässe zu beseitigen. Den bislang angestrebten Ausbau bis zum Jahr 2036 gilt es deutlich zu beschleunigen. Im Bereich des Luftverkehrs setzen sich die Kammern für eine konsequente Fortsetzung der Sanierungsmaßnahmen am Flughafen Hahn ein, um den für die Region wichtigen Flughafen zu erhalten und absehbar auf wirtschaftlich feste Beine stellen zu können.



© Landesmobilitätsdienst

ÖPNV optimieren

Der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) sichert die unabhängige Mobilität aller Bevölkerungsgruppen und trägt wesentlich zur Entlastung der Straßen und Eindämmung von Schadstoff- und Lärmemissionen bei. Die Wirtschaftskammern fordern daher eine attraktivere Gestaltung des ÖPNV. Damit dieser von den Bürgern als wirkliche Alternative zum Individualverkehr wahrgenommen und

für Fahrten von und zur Arbeitsstelle, für Einkaufsfahrten, touristische Verkehre, Behördengänge etc. genutzt wird, müssten sich die Qualität der eingesetzten Fahrzeuge, die Fahrzeiten und die Taktungen stärker an den Bedürfnissen der Kunden orientieren und damit auch marktwirtschaftliche Prinzipien berücksichtigen. Bahn- und Buslinien müssen sich im Sinne einer integrierten Verkehrsbedienug gegenseitig ergänzen und aufeinander abgestimmt sein. Gerade im ländlichen

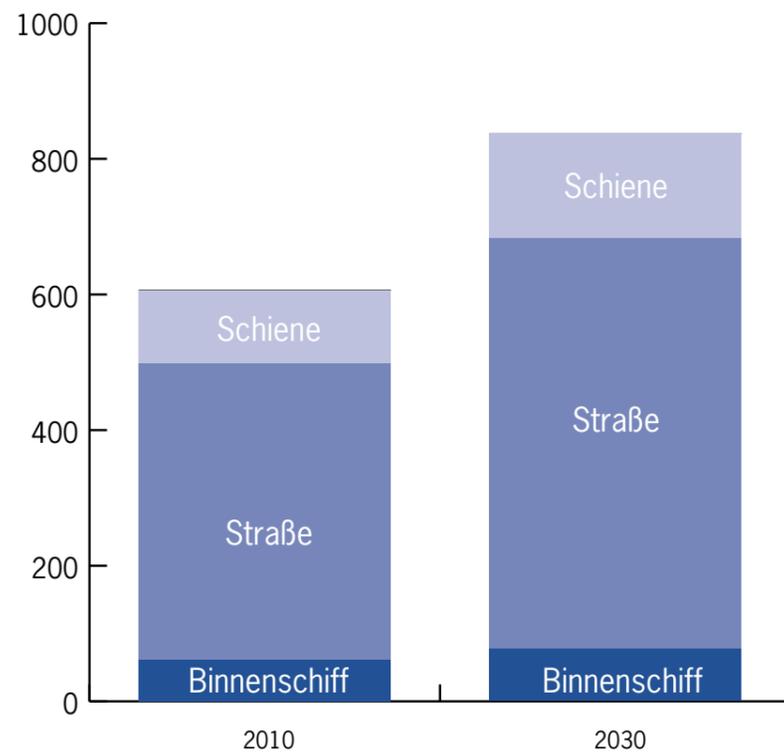
Raum gilt es, angesichts des demografischen Wandels und damit einhergehender sinkender Schülerzahlen neue Konzepte der Finanzierung zu finden, damit die Mobilität der nicht-motorisierten Bevölkerung auch außerhalb der Ballungsräume gesichert werden kann. Grundsätzlich ist jedoch auch in Zukunft kommerziellen Verkehren bei der Erbringung von ÖPNV-Leistungen Vorrang zu gewähren.

Forderungen von IHK und HWK

- Lücke in der A 1 zwischen AS Kelberg – AS Blankenheim zügig schließen.
- A 60 Lückenschluss AK Wittlich – AS Rheinböllen als vierstreifige B 50neu mit Hochmoselübergang fertigstellen.
- A 64 als Nordumfahrung Triers mit Anbindung an die A 1 realisieren.
- Direkt-Anbindung der B 51 an die A 64 als Westumfahrung Triers mit neuer Moselquerung umsetzen.
- B 51 zwischen A 60, AS Bitburg und Trier dreistreifig ausbauen.
- Eisenbahnstrecke Luxemburg-Trier-Koblenz ausbauen.
- Eifelstrecke zweigleisig ausbauen und weitere Kreuzungs- und Überholmöglichkeiten schaffen sowie eine durchgehende Elektrifizierung prüfen.
- Trier wieder an den Schienenfernverkehr anbinden.
- PKW-Maut im Falle einer Einführung regionalverträglich für die Grenzregion Trier ausgestalten.

Entwicklung des Güterverkehrs nach Verkehrsträgern 2010 - 2030

Transportleistung in Mrd. tkm



Quelle: Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (2014): Verkehrsverflechtungsprognose 2030; Grafik: Wollscheid

Regionalen Handel stärken

Die Entwicklung des Einzelhandels ist auch in der Region Trier von einer hohen Dynamik gekennzeichnet. Die Marktanteile des Onlinehandels nehmen zu Lasten insbesondere des mittelständischen Facheinzelhandels zu. Durch die Preispolitik des Onlinehandels wird es für stationäre Händler immer schwieriger, sich am Markt zu behaupten. Als Folge ist eine Verschiebung der einzelnen Vertriebsformen zu verzeichnen.

Umso wichtiger ist es, lebendige Innenstädte zu sichern, die mit einem vielfältigen Angebotsmix aus Handel, Dienstleistungen, (Laden-)Handwerk und Gastronomie eine grundlegende Voraussetzung schaffen, um die Attraktivität der gesamten Region zu erhalten und weiter auszubauen. Zudem ist der Einzelhandel mit rund 13.600 Beschäftigten eine der wichtigsten Branchen der Region.

Innenstadtorientierte Einzelhandelsplanung

Nicht nur in der Region Trier hat es in der Vergangenheit vielerorts großflächige Einzelhandelsansiedlungen mit innenstadtrelevanten Sortimenten in Randlagen oder auf der „grünen Wiese“ gegeben. Regelmäßig berufen sich die politisch Verantwortlichen bei solchen

Entscheidungen auf die Zwänge durch angebliche Investoreninteressen sowie den interkommunalen Wettbewerb um Einzelhandelsansiedlungen. Resultat sind nicht selten Innenstädte, die an Profil verlieren, Leerstände aufweisen oder im Extremfall sogar drohen, ihre zentrale Versorgungsfunktion einzubüßen. Die kommunalpolitisch Verantwortlichen sind aufgefordert, Einzelhandelsansiedlungen mit innenstadtrelevanten Sortimenten in die Citylagen zu lenken, um dadurch die Attraktivität der Innenstädte langfristig zu erhalten. Entsprechend formulierte kommunale Einzelhandelskonzepte, wie sie das Landesentwicklungsprogramm (LEP) IV seit 2008 vorschreibt, sind hierfür eine grundlegende Voraussetzung. Diese Konzepte können dazu beitragen, eine funktionale Arbeitsteilung zwischen Kerneinkaufsstadt und Randlagen sicherzustellen. Innenstadtrelevante Kernsortimente wie Bekleidung, Schmuck, Schuhe, Haushaltswaren etc. müssen in den zentralörtlichen Kerneinkaufsbereichen konzentriert werden. Nahversorgungsrelevante Sortimente des täglichen Bedarfs wie Nahrungsmittel sind möglichst wohnortnah in Nahversorgungszentren zu konzentrieren, während nicht-innenstadtrelevante Sortimente wie Baumarktbedarf auch in Randlagen angesiedelt werden können. Im ländlichen Raum gilt es, die Nahversorgung der Bevölkerung mit marktkonformen Mitteln zu sichern.

Regionaler Dialog Einzelhandel

Die Einzelhandelsattraktivität von Stadt- oder Ortsgemeinden hängt maßgeblich von einer ausgewogenen Angebotsmischung ab. Insbesondere bei großflächigen Ansiedlungen ist die Steuerung hinsichtlich des Standorts unabdingbar. Einzelhandelsprojekte mit einer Verkaufsfläche von mehr als 2.000 Quadratmetern sind Mittel- und Oberzentren vorbehalten. In der Regel ist erst ab dieser Größe mit raumordnerisch bedeutsamen Auswirkungen zu rechnen, die einer regionalen Abstimmung bedürfen. Die Wirtschaftskammern engagieren sich gemeinsam mit dem Einzelhandelsverband für die Einrichtung eines „Regionalen Dialogs Einzelhandel“, welchen die IHK zu koordinieren bereit ist. Ziel ist es, Handelsthemen von strategischer Relevanz über die Gemeindegrenzen hinaus zu diskutieren, gemeinsam nach Lösungsansätzen für die aktuellen Herausforderungen in diesem Bereich zu suchen und raumordnerisch bedeutsame Einzelhandelsansiedlungen regional in einem möglichst großen gegenseitigen Einvernehmen zu koordinieren.

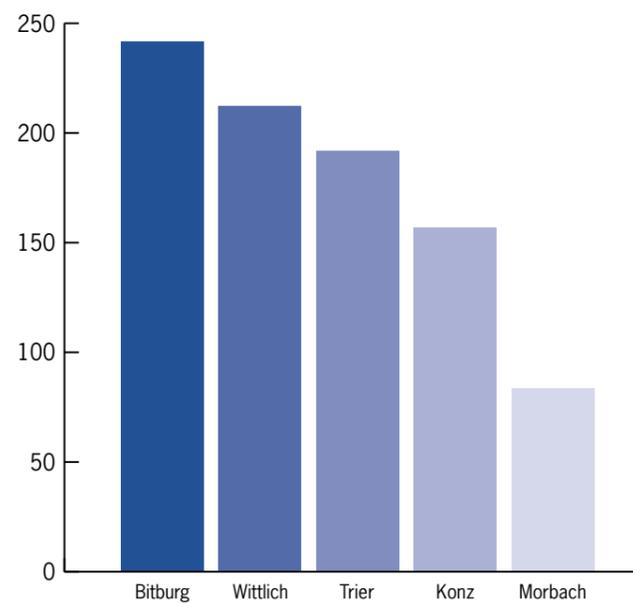


© HWK

Professionelles Stadtmarketing

Damit City-, Stadt- und Standortmarketinginitiativen erfolgreich arbeiten können, müssen sie professionell umgesetzt werden. Ein sinnvolles Instrument des Stadtmarketings kann die Entwicklung von Business Improvement Districts (BID) sein, die jedoch einer Gesetzesgrundlage auf Landesebene bedarf. In einigen Bundesländern existiert bereits ein entsprechendes Gesetz für BIDs, in Rheinland-Pfalz zum Redaktionszeitpunkt noch nicht. Ziel einer BID-Initiative ist die Aufwertung eines Quartiers, für die sich Hauseigentümer und Gewerbetreibende zusammenschließen. Die durchzuführenden Maßnahmen zur Quartiersentwicklung – beispielsweise die Gestaltung des öffentlichen Raums betreffend – und das hierzu erforderliche Budget werden von den handelnden Akteuren selbst festgelegt. Das Besondere an BIDs ist, dass nach einem demokratischen Votum für das Maßnahmenkonzept alle gewerblichen Grundeigentümer als Nutznießer anteilig an der Finanzierung beteiligt werden. Auf diese Weise wird Trittbrettfahrerverhalten vermieden. Es sollte von politischer Seite auf Landesebene möglichst zügig eine Gesetzesgrundlage geschaffen werden, um bei Bedarf auch in der Region Trier BID-Initiativen gründen und als attraktives Stadtmarketinginstrument nutzen zu können.

Einzelhandelszentralität der Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern in der Region Trier



Quelle: Michael Bauer Research GmbH, Nürnberg und CIMA Beratung + Management GmbH / BBE Handelsberatung GmbH, München, 2014; Grafik: Wollscheid

Einkaufszentren am richtigen Standort

Innenstädte treffen seit Jahrzehnten auf ein starkes Ansiedlungsinteresse der Entwickler von Einkaufszentren. Auch in der Region Trier gibt es bereits seit mehreren Jahren Meldungen über Ansiedlungswünsche verschiedener Investoren. In Trier und Wittlich wurden bereits Einkaufszentren realisiert, in Bitburg wurde eine über lange Zeit verfolgte Planung letztlich nicht umgesetzt. Im Frühjahr 2013 wurde im Oberzentrum öffentlich über weitere Ansiedlungen diskutiert. Im Gespräch war die Errichtung von einem oder sogar zwei Einkaufszentren an den Standorten Europahalle und Simeonstraße. Zudem sollte eine frühzeitige Entwicklungsvereinbarung zwischen der Stadt Trier und dem potenziellen Investor unterzeichnet werden, was jedoch – auch durch den Einsatz der Wirtschaftsorganisationen – verhindert werden konnte. Aufgrund der weitreichenden Folgen fordern wir bei Ansiedlungsvorhaben von Einkaufszentren einen transparenten, ergebnisoffenen Prozess, der alle relevanten lokalen und regionalen Akteure aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung einbezieht. Jeder Einzelfall bedarf dabei einer sorgfältigen Abwägung. Grundsätzlich ist eine die Innenstadt stärkende Einbettung in die stadtstrukturelle Gesamtsituation erforderlich. Im Falle großer Einkaufszentren ist hierfür regelmäßig ein Standort in einer IA-Lage anzuraten.

Forderungen von IHK und HWK

- Innenstadtorientierte Einzelhandelsansiedlungspolitik durch entsprechende kommunale Einzelhandelskonzepte und Bauleitplanung garantieren.
- Einrichtung eines „Regionalen Dialogs Einzelhandel“ zur Diskussion handelswirtschaftlicher Entwicklungen und großflächiger Einzelhandelsansiedlungen.
- Abstimmung über Ansiedlungsvorhaben von Einkaufszentren in der Region Trier in einem transparenten, ergebnisoffenen Prozess mit allen relevanten lokalen und regionalen Akteuren aus Politik, Wirtschaft, Verwaltung.
- Schaffung einer Gesetzesgrundlage zur Einrichtung von Business Improvement Districts in Rheinland-Pfalz.
- Ausarbeitung wirtschaftsfreundlicher Werbe-, Gestaltungs- und Sondernutzungssatzungen im engen Dialog mit Gewerbe und Wirtschaftsorganisationen.
- Kommunale Investitionen zur Verbesserung der innerstädtischen Standortbedingungen (Sicherheit, Sauberkeit, Gestaltung des öffentlichen Raums, Parkraumangebote, Verkehrsführung etc.) tätigen.



© HWK

Der Tourismus in der Region Trier hat sich in den vergangenen Jahren positiv entwickelt. So gibt es 887 Beherbergungsbetriebe mit 57.836 angebotenen Betten (Stand 2013). Dies entspricht einem

Anteil von 26 Prozent der Beherbergungsbetriebe und 30 Prozent der angebotenen Betten in Rheinland-Pfalz. In diesen Betrieben sind in den letzten Jahren rund sieben Millionen Übernachtungen p. a. gezählt worden. Das Verhältnis von Übernachtungen zur Einwohnerzahl ist in der Ferienregion mit Mosel, Eifel und Hunsrück mehr als 2,5-mal so hoch wie in Rheinland-Pfalz. Damit spielt der Tourismus eine wesentliche Rolle für die Wertschöpfung in der Region, denn die Ausgaben der Tages- und Übernachtungsgäste kommen nicht nur den Hotels, Restaurants und Campingplätzen, sondern auch Handel, Handwerk und Teilen des Dienstleistungssektors zugute. Deshalb muss der Tourismus ein elementarer Bestandteil der Wirtschaftsförderung bleiben. Ausgaben für die touristische Infrastruktur helfen, die wirtschaftliche Zukunft von Städten und Gemeinden in unserer ländlich strukturierten Region zu sichern. Die mancherorts erhobene Fremdenverkehrsabgabe und der in Diskussion befindliche Tourismus- und Gästebeitrag sind, falls sie trotz der Bedenken der Wirtschaftskammern eingeführt werden sollten, zweckgebunden ausschließlich für touristische Maßnahmen zu verwenden.

Weiterentwicklung der Tourismusstrategie 2015: Chancen nutzen

Die Tourismusstrategie 2015 des Landes Rheinland-Pfalz bestimmt die touristische Zielrichtung und schafft für die Kommunen und Betriebe einen sicheren Planungs-

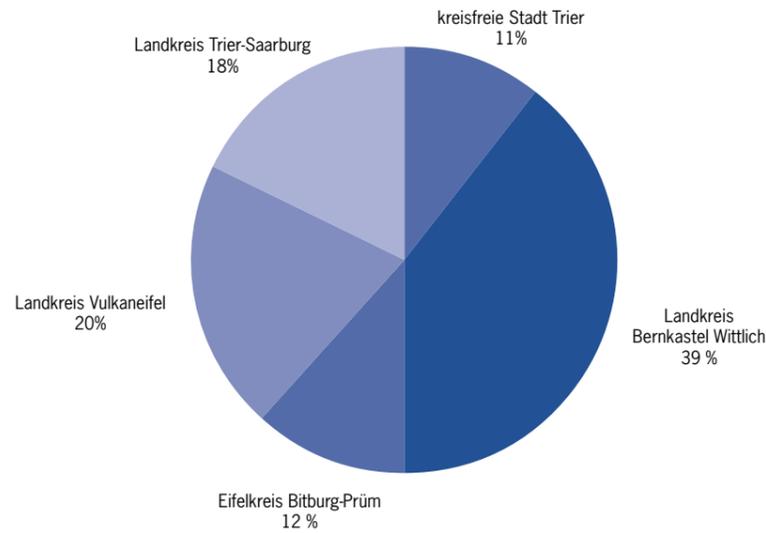
horizont. Die Schwerpunktthemen Wandern, Radwandern, Gesundheit und Wein passen zielgenau auf unsere Region und bieten eine gute Chance für eine erfolgreiche Weiterentwicklung. In Verbindung mit dem besonderen kulturellen Erbe als themenübergreifendem Element ergibt sich daraus ein hervorragendes Alleinstellungsmerkmal, das konsequent herausgearbeitet und in Marketingmaßnahmen umgesetzt werden muss. Die Wirtschaftskammern begrüßen die Investitionen der vergangenen Jahre in das regionale Rad- und Wanderwegenetz. Damit verfügt die Region über einige qualitativ hochwertige Rad- und Wanderwege. Diese Voraussetzungen gilt es zu nutzen und weiter auszubauen mit dem Ziel, flächendeckend und nachhaltig gesichert eine hochqualitative touristische Infrastruktur vorweisen zu können. Diesen investiven Maßnahmen der Kommunen müssen dann dringend Privatinvestitionen folgen, die sich an den Wünschen der Zielgruppen orientieren. Zugleich ist es wichtig, ein zukunftsfähiges, qualitativ wertiges Angebot an Übernachtungs- und gastronomischen Betrieben zu sichern und auszubauen.

Stärkere interkommunale Kooperation und Einbindung der Betriebe

Gäste kennen keine kommunalen oder regionalen Grenzen. Deshalb sind ein überregionales Tourismus- und Standortmarketing sowie eine themenorientierte, eng abgestimmte regionale Zusammenarbeit unabdingbar. Durch die Bündelung von Ressourcen und Finanzen lässt sich nicht nur die Schlagkraft, sondern auch die angebotene Produktqualität erhöhen. Für eine erfolgreiche Positionierung der Tourismusregion müssen die touristischen Leistungsträger enger in die Entscheidungsfindung mit eingebunden werden. Nur wenn eine enge Verzahnung der touristisch Verantwortlichen in den Kommunen

Übernachtungen in der Region Trier (2013) in Prozent

Gesamtanzahl Übernachtungen: 6.854.430



Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz; Grafik: Wollscheid

mit den gastronomischen Betrieben erfolgt, kann eine an den Bedürfnissen der Urlaubsgäste orientierte Maßnahmenplanung gewährleistet werden.

Auf Regionalität und Qualität setzen

Die Regionalinitiativen von Eifel, Mosel und Hunsrück werden mit dem Ziel, die Zusammenarbeit von Wirtschaftsakteuren, Politik und Verwaltung zu intensivieren, von den Wirtschaftskammern unterstützt. Durch den vorhandenen Netzwerkcharakter entstehen Synergien, die es ermöglichen, die in der Region vorhandenen touristischen Potenziale und Chancen schneller zu erkennen und besser zu bündeln. Der Qualitätsgedanke, den die Regionalinitiativen ihren Konzepten zur Schaffung einer Dachmarke zugrunde gelegt haben, muss konsequent weiter getragen werden. Die Ansprüche der Gäste sind in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen. Nur durch hochqualitative Angebote und die konsequente Einbindung regionaler Erzeugnisse können Eifel, Mosel und Hunsrück ihre Wettbewerbsfähigkeit gegenüber anderen Ferienregionen nachhaltig steigern. Auch der neue Nationalpark Hunsrück-Hochwald

bietet Chancen für die touristische Entwicklung und setzt ebenfalls den Schwerpunkt auf Regionalität und Authentizität. Um den Nationalpark als touristisches Alleinstellungsmerkmal zu positionieren, sind ausreichend finanzielle Mittel seitens der Landesregierung zur Verfügung zu stellen.

Synergien zwischen Kultur und Tourismus schaffen

Die Region Trier kann auf ein enormes Potenzial an Kulturgütern und eine vielfältige Museenlandschaft zurückgreifen. Die offensichtlichen Synergien zwischen Kultur und Tourismus gilt es zu nutzen, um das historische Erbe in Verbindung mit hochrangigen kulturellen Veranstaltungen noch stärker und professioneller als bisher auf dem Tourismusmarkt zu positionieren. Investitionen in diesem Bereich bieten die Möglichkeit, neue Wertschöpfungsketten zu entwickeln, und leisten einen deutlichen Beitrag zur Imageförderung und zur Steigerung der Lebensqualität. Die verschiedenen Projekte der Initiative Region Trier e.V. (IRT) zeigen Möglichkeiten der Zusammenarbeit auf. Ein Beispiel ist die Kulturbörse, die erstmals im Jahr 2014 stattfand. Über 50 Kulturak-

teure präsentierten ihr Angebot. Touristiker und Mitarbeiter von Hotellerie und Gastronomie konnten sich informieren, austauschen und gemeinsame Angebote erarbeiten. Die von der IRT initiierten Workshops im Bereich Social Media sowie die neu entwickelte digitale Kultur- und Freizeitkarte leisten zusätzlich einen Beitrag zur Vernetzung und erfolgreichen Vermarktung des touristisch-kulturellen Angebots der Region Trier im Online-Bereich.

Forderungen von IHK und HWK

- Investitionen in die touristische Infrastruktur nachhaltig sichern.
- Hohes Niveau des regionalen Rad- und Wanderwegenetzes weiter ausbauen.
- Qualitativ hochwertiges Angebot an Übernachtungs- und gastronomischen Dienstleistungen stärken.
- Alleinstellungsmerkmale im Marketing herausarbeiten und durch profilierte Kulturangebote unterstützen.
- Bestehende touristische Abgaben ausschließlich für touristische Zwecke einsetzen.
- Keine Einführung weiterer Fremdenverkehrs- und Gästebeiträge; falls doch, ist die Mitbestimmung der Beitragspflichtigen sicherzustellen.
- Konsequente Umsetzung der Tourismusstrategie Rheinland-Pfalz auf kommunaler Ebene.
- Arbeitsteilig abgestimmte regionale Zusammenarbeit zur Bündelung von Ressourcen und Finanzen.
- Engere Verzahnung der touristisch Verantwortlichen mit den Leistungsträgern.
- In Regionalinitiativen und deren Dachmarkenstrategien auf Qualität und Regionalität setzen mit dem Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen.
- Synergien zwischen Kultur und Tourismus weiter ausbauen.
- Bereitstellung ausreichender finanzieller Mittel für eine optimale touristische Positionierung des neuen Nationalparks Hunsrück-Hochwald.

Regionale Schlagkraft erhöhen

Die Region Trier ist gut vernetzt. Die Akteure aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft, Kultur und Wirtschaft pflegen regelmäßige Kontakte, auch über politische und weltanschauliche Unterschiede hinweg. Damit ist eine wichtige Voraussetzung erfüllt, um die Region zukunftsfähig zu machen. Standortanalysen zeigen nämlich regelmäßig auf, dass ein funktionierendes regionales Netzwerk ein entscheidender Erfolgsfaktor ist.

In dieser Hinsicht ist die Region Trier gut aufgestellt, der regionale Verbund funktioniert.

Initiative Region Trier stärken

Eine wichtige Klammer für die regionalen Partner ist die Initiative Region Trier e. V. (IRT). Der Verein wurde 1994 gegründet. Er umfasst Kommunen wie etwa die vier Landkreise der Region und die Stadt Trier, öffentliche Verwaltungen, Hochschulen, Verbände, Gewerkschaften, Unternehmen und Einzelpersonen. Plattform für die inhaltliche Arbeit und die Aktivitäten der IRT sind zwei Foren: Zum einen das Forum KulturGenussRegion Trier, zum anderen das Forum Wirtschaftsregion Trier. Damit wurde eine

Grundlage geschaffen, um regional bedeutsame Projekte anzustoßen wie beispielsweise einen Imageflyer für die Region, eine Veranstaltungsreihe zur Gestaltung des demografischen Wandels oder eine digitale Kultur- und Freizeitkarte, die u.a. über die Homepage www.initiative-region-trier.de zugänglich ist. Außerdem kann die Region durch die IRT gemeinsame regionalpolitische Standpunkte abstimmen und diese offensiv gegenüber Mainz und Berlin vertreten. Beispiele für regional wichtige Themen, zu denen sich die IRT öffentlichkeitswirksam positioniert hat, sind die Versorgung mit Breitbandinfrastruktur, der Bundesverkehrswegeplan mit der Forderung nach leistungsfähigen Fernstraßen, die Bahnanbindung der Region sowie die PKW-Maut mit ihren spezifischen Problemstellungen für die Grenzregion. Durch eine Organisationsreform vor fünf Jahren wurde die IRT deutlich verschlankt. Die Geschäftsstelle mit hauptamtlichem Personal wurde in eine ehrenamtliche Struktur überführt. Heute liegt die Geschäftsführung der IRT bei der IHK, welche diese Aufgabe unentgeltlich ausführt, unterstützt durch die Handwerkskammer. Durch die Organisationsreform der IRT ist es gelungen, die Arbeit effizient und kostengünstig zu gestalten, was sich auch in einer deutlichen Absenkung der Mitgliedsbeiträge niedergeschlagen hat. Dies hat dazu beigetragen, den Landkreis Vulkaneifel, der zwischenzeitlich ausgetreten war, zu einer Rückkehr in die IRT zu bewegen – ein wichtiges Signal für die Einheit der

© :response



Mit dem Ziel, das gesellschaftliche Engagement in der Region voranzubringen und die Vernetzung regionaler Akteure zu fördern, haben sich im September 2014 engagierte Unternehmen mit Vereinen, Bildungseinrichtungen und Kammern zusammengeschlossen und vier Projekte angestoßen.



Region Trier. Trotz aller positiven Entwicklungen muss es jedoch noch mehr als bisher gelingen, wirklich alle zentralen Akteure zu einem aktiven und abgestimmten Handeln für die Region zu motivieren.

Planungsgemeinschaft, Regionalinitiativen, Wissenschaftsallianz

Um spezifische Themen und Ziele kümmern sich weitere Organisationen und Netzwerke in der Region Trier. Die kommunal verfasste Planungsgemeinschaft Region Trier ist für die Regionalplanung und Aufgaben der Regionalentwicklung zuständig. Als Pflichtaufgabe der kommunalen Selbstverwaltung obliegt ihr die Aufstellung und Fortschreibung des Regionalen Raumordnungsplans. Die Regionalinitiativen für Eifel, Mosel und Hunsrück verfolgen das Ziel, die Identität des jeweiligen Raumes zu stärken und die Standortfaktoren vor Ort zu verbessern. Dabei ist auch die Außenwirkung wichtig, um z. B. Unternehmen, Fachkräfte oder Touristen anzuziehen. Neu geschmiedet wurde auf Initiative der beiden ansässigen Hochschulen die Wissenschaftsallianz Trier. Ihr Ziel ist die weitere Vernetzung von in Trier und Umgebung angesiedelten Hochschulen, wissenschaftlichen Einrichtungen, Kammern und Unternehmen zur Stärkung des Wissenschafts- und Wirtschaftsstandorts Trier. IHK und HWK sind in diese und weitere Netzwerke aktiv eingebunden. Die Wirtschaftskammern sehen es als ihre Aufgabe an, zur Koordination der einzelnen Initiativen beizutragen, um Doppelarbeiten oder gar sich widersprechende Aktivitäten zu vermeiden.

Großregion leben

In unserer Region, mit ihrer besonderen geografischen Lage, darf die Netzwerkarbeit nicht an den nationalen Grenzen halt machen. Die wirtschaftliche Entwicklung der Region Trier hängt stark von den Verflechtungen mit den Nachbarländern ab, insbesondere Luxemburg. Die Kammern kümmern sich deshalb in verschiedenen Netzwerken wie etwa dem Wirtschafts- und Sozialausschuss der Großregion (WSAGR) sowie dem Interregionalen Rat der Handwerkskammern der Großregion (IRH) um einen funktionierenden Binnenmarkt. Beim freien Warenverkehr, der Niederlassungsfreiheit, der Arbeitnehmerfreizügigkeit und im grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr konnten in den letzten Jahren Markthemmnisse abgebaut werden, auch wenn die konkreten Fortschritte oft viel Zeit in Anspruch genommen haben. Es gibt jedoch noch immer Barrieren, etwa bei öffentlichen Ausschreibungen oder der gegenseitigen Anerkennung von Bildungsabschlüssen. IHK und HWK arbeiten mit ihren Partnern aus der Großregion daran, auch die verbliebenen Hindernisse Schritt für Schritt abzubauen.

Forderungen von IHK und HWK

- Freiwillige Selbstverpflichtung aller wichtigen Akteure, sich engagiert in die regionalen Initiativen einzubringen.
- Effiziente Koordination der Aktivitäten und Projekte der regionalen Einrichtungen und Initiativen.
- Klare Definition der Aufgaben und Schnittstellen zwischen den einzelnen Akteuren zur Vermeidung von Doppelarbeiten.
- Verstärktes Engagement der regionalen Partner in den Gremien der Großregion.
- Abbau administrativer Hemmnisse im grenzüberschreitenden Wirtschaftsverkehr fortsetzen.



© Industriepark Region Trier

Viele regionale Unternehmen berichten von kurzen Wegen zu den kommunalen Verwaltungen. Die Bereitschaft, Genehmigungsprozesse zügig umzusetzen und bei Problemen gemeinsame Lösungen zu finden, ist vielerorts ausgeprägt. Dennoch bestehen offensichtlich weiterhin Verbesserungspotenziale auf dem Weg zu einer mittelstandsfreundlichen Verwaltung. Eine IHK-Umfrage vom Frühjahr 2014 hat ergeben, dass die regionalen Betriebe die Qualität, Transparenz und Schnelligkeit von

Genehmigungsverfahren, ebenso wie die Unternehmensorientierung der Verwaltung, nur mit der Schulnote „3-“ bewerten. Das muss nicht heißen, dass die meisten Verwaltungen schlecht arbeiten, denn der Bürokratiedschungel in Deutschland ist dicht und die Komplexität von Genehmigungsverfahren damit entsprechend hoch. Hieran können die Verwaltungen vor Ort zunächst nur bedingt etwas ändern. Das darf aber kein Vorwand sein, mögliche Verbesserungen nicht anzugehen. IHK und HWK haben jüngst ihre gemeinsame Checkliste „Wirtschaftsfreundliche Kommune“ aktualisiert und erweitert. Die kommunalen Entscheidungsträger aus Politik und Verwaltung haben damit ein Instrument an der Hand, das

ihnen prägnant Ansätze aufzeigt, wie durch eine Optimierung der kommunalen Strukturen und Standortbedingungen Wachstum und Beschäftigung konkret gestärkt werden können.

Unternehmensorientiertes Verwaltungshandeln stärken

Ohne erfolgreiche Unternehmen gibt es keine Wertschöpfung, Beschäftigung und Steuereinnahmen. Daher ist es gerechtfertigt, Unternehmen als „Schlüsselkunden“ bevorzugt zu behandeln. Die Kommunen sollten für komplexe Verfahren einen zentralen Ansprechpartner definieren, der Unternehmen während

eines gesamten Verwaltungsakts als zuständige Kontaktperson und Verfahrenslotse begleitet. Komplexe Genehmigungsverfahren und Anträge sollten zudem durch Runde Tische flankiert werden, die Firmen Gelegenheit bieten, direkt mit allen zuständigen kommunalen Genehmigungsstellen zu sprechen, um gemeinsam Lösungen zu finden. Für regelmäßig wiederkehrende Verwaltungsakte sollten aktuelle Checklisten und Leitfäden vorgehalten werden. Ein weiterer Baustein wirtschaftsfreundlichen Verwaltungshandelns sind über die gesetzlichen Vorgaben hinausgehende Fristenregelungen mit Selbstbindungscharakter der Verwaltung zur Verfahrensbeschleunigung. Um aus Fehlern zu lernen, ist ein strukturiertes Beschwerdemanagementsystem für gewerbliche Kunden sinnvoll. Regelmäßige Zufriedenheitsbefragungen der lokalen Unternehmerschaft sind ein weiteres Instrument, um die Leistungen der Behörden gegenüber der Wirtschaft zu optimieren. Hierauf aufbauend bietet es sich an, die kommunalen Leistungen und Prozesse auf ihre Wirtschaftsfreundlichkeit hin auditieren zu lassen. In der vergangenen Dekade haben etliche Verwaltungen in Deutschland diesen Weg gewählt. Um bei den eigenen Unternehmen zu punkten, ist es gar nicht nötig, „das Rad neu zu erfinden“, sondern es können zunächst Leuchtturmbeispiele anderer Kommunen herangezogen werden, wie sie beispielsweise im von den rheinland-pfälzischen Kammern unterstützten Wettbewerb des Wirtschaftsministeriums „Wirtschaftsfreundliche Kommune“ jährlich kommuniziert werden.

Wirtschaftsfreundliche kommunale Standortpolitik

Auch im digitalen Zeitalter findet das Wirtschaften im Raum statt. Daher gehört es zu den Kernaufgaben der Kommunen, Gewerbeflächen in verkehrsgünstig erschlossenen Lagen zu attraktiven Konditionen bereitzustellen und diese auch möglichst professionell zu vermarkten. Hier steht beispielsweise der ISB-Standortfinder zur Verfügung, in dem die Kommunen ihre Angebote regelmäßig aktualisieren sollten. Vor dem Hintergrund der aktuellen demografischen Entwicklung ist es sinnvoll, die Innen- vor der Außenentwicklung grundsätzlich zu priorisieren. Dies darf jedoch nicht zu einer unangemessenen Einschränkung der wirtschaftlichen Entfaltungsmöglichkeiten von Unternehmen führen. Im Rahmen der Bauleitplanung sind private und gewerbliche Nutzungen daher vorausschauend zu trennen und bei entsprechendem Bedarf langfristige Entwicklungs- und Umsiedlungsoptionen, z. B. in Form von „Gewerbeflächenkarussellen“, aufzuzeigen. Wirtschaftsfreundliches kommunales Handeln heißt auch, dass sich die Kommune auf ihre hoheitlichen Aufgaben konzentriert und keinesfalls mit privaten Anbietern in Wettbewerb tritt, wo diese ein zumindest gleichwertiges Angebot in Qualität und Preis zur Verfügung stellen können. Städte, Gemeinden und Kreise sind daher aufgefordert, Privatisierungspotenziale konsequent auszuschöpfen und die eigene wirtschaftliche Betätigung auf das durch § 85 der Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz vorgegebene Niveau einer „echten Subsidiarität“ zu beschränken. Kommunale Aufträge sind so auszuschreiben, dass regionale KMU faire Zuschlagschancen erhalten.

Interkommunale Kooperation ausbauen

Trotz verschiedentlichler Zusammenarbeit zwischen Kommunen hört das Verwaltungshandeln immer noch häufig an den Gemeindegrenzen auf. Dabei ließen sich durch die verstärkte interkommunale Kooperation Effizienzreserven heben und damit Standortbedingungen verbessern. So gibt es immer noch Städte in der Region, in der zwei Rathäuser nebeneinander angesiedelt sind – mit entsprechenden Kosten für Wirtschaft und Bürger. Es gilt, die Zusammenarbeit zwischen Verwaltungseinheiten auf mögliche Doppelarbeiten zu überprüfen und entsprechende Verschlingungen umzusetzen. Ein weiteres Feld, das interkommunale Kooperation erfordert, sind die professionelle Vermarktung von Gewerbeflächen und eine die Gemeindegrenze überschreitende Wirtschaftsförderungs- und Ansiedlungspolitik. Der Industriepark Region Trier in Föhren ist ein Beispiel für eine gelungene interkommunale Kooperation, die die Region Trier wirtschaftlich stärkt.

Forderungen von IHK und HWK

- Unternehmen als Schlüsselkunden der Verwaltung definieren und behandeln.
- Gemeinden, Städte und Kreise als wirtschaftsfreundliche Kommune auditieren lassen.
- Verfahrenslotsen und Antragskonferenzen bei komplexen Genehmigungsverfahren fest etablieren.
- Parallelstrukturen und -prozesse durch verstärkte interkommunale Kooperation beseitigen.
- Optimierte Gewerbeflächenausweisungen: Lage, Verkehrsanbindung, Vermarktung, Flächenkarusselle.
- Kommunale Leistungen regional- und KMU-freundlich ausschreiben.

© Industriepark Region Trier



In der IHK-Standortzufriedenheitsumfrage haben die regionalen Unternehmen dem Faktor „Niveau kommunaler Steuern und Abgaben“ mit einer 3,4 die fünf schlechteste Zensur unter 20 zu bewertenden Faktoren erteilt. Grund hierfür ist nicht primär, dass Unternehmen eine grundsätzliche Aversion gegen Abgaben hegen, sondern eine Erhöhungswelle der Gewerbe- und Grundsteuerhebesätze in den vergangenen Jahren, die ihresgleichen sucht. Nach einer Auswertung der IHK Trier gab es 2014 377 Erhöhungen der Gewerbe- und der Grundsteuer B. Bereits in den Vorjahren hatten Städte und Gemeinden die kommunalen Steuern massiv nach oben geschraubt. 2013 waren 170 und 2012 sogar 312 Hebesatzerhöhungen zu verzeichnen.

Kommunale Haushalte sanieren

Die Mittelzentren und das Oberzentrum der Region Trier waren 2013 mit rund 860 Millionen Euro verschuldet. Hiervon entfällt der Löwenanteil von über 700 Millionen auf die Stadt Trier. Auf regionaler Ebene kommen dann noch die Schulden der übrigen Gebietskörperschaften von der Ortsgemeinde bis zur Kreisebene hinzu. Da es keine Alternative sein darf, diese Lasten unseren Kindern aufzubürden, müssen die Kommunalhaushalte wieder ins Gleichgewicht gebracht werden. Angesichts der oben beschriebenen massiven Steuer- und Abgabenerhöhungen kommt hierfür nur eine Konsolidierung über die Ausgabenseite in Betracht. Die Kommunen sind aufgefordert, sich auf ihre Kernaufgaben zu konzentrieren und „Prestige-Projekte“ mit konsumtivem Charakter bis zur Erreichung eines Haushaltsausgleichs zurückzustellen. Gleichzeitig müssen Bund und Land durch eine angemessene Ausgestaltung der Finanzausgleichsbeziehungen sowie die strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzips dafür sorgen, dass Städte und Gemeinden in die Lage versetzt werden, ihren Haushalt aus eigener Kraft zu sanieren.

Demografischen Wandel gestalten

Bereits heute ist absehbar, dass die ländlichen Gebiete der Region Trier teilweise deutlich an Einwohnern verlieren werden. Bei gleichbleibenden Fixkosten müssten entweder kommunale Abgaben drastisch erhöht oder neue Schulden aufgenommen werden. Beides würde die Standortqualität nachhaltig beeinträchtigen und ist deshalb keine Option. Die kommunale Infrastruktur ist daher, auch wenn dies im Einzelfall schmerzlich sein sollte, rechtzeitig der absehbaren Bevölkerungsentwicklung anzupassen. Möglichkeiten interkommunaler Kooperationen sind noch stärker zu nutzen, um gemeinsam Einrichtungen auszulasten. Wo entsprechende Potenziale bestehen, sind konsumtive Ausgaben zu reduzieren und Investitionen in die Standortattraktivität, ggf. auch in Form öffentlich privater Zusammenarbeit, umzusetzen. Die flächendeckende Einführung der Doppik ermöglicht interkommunale Kennzahlenvergleiche. Die Ergebnisse eines solchen Benchmarkings können durch Effizienzgewinne zur Haushaltskonsolidierung beitragen.

Forderungen von IHK und HWK

- Durchgehende Beachtung des Konnexitätsprinzips.
- Haushaltskonsolidierung über die Ausgabenseite; Verzicht auf konsumtive Ausgaben.
- Keine weiteren Erhöhungen der Hebesätze von Gewerbesteuer und Grundsteuer B.
- Erstellung längerfristiger Budgetpläne mit dem finalen Ziel des Haushaltsausgleichs.
- Anpassung der kommunalen Infrastruktur an die absehbare Bevölkerungsentwicklung und Intensivierung der gemeinsamen Nutzung kommunaler Einrichtungen.

© picture alliance/picture-alliance / chromorange



Der Energiemarkt insbesondere auch in der Region Trier hat sich in den letzten Jahren stark gewandelt. So hat das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) zu einer Neuausrichtung des Energie-Mixes hin zu wachsenden Anteilen regenerativer Energien beigetragen. Nach Angaben der Verteilnetzbetreiber betrug der Anteil des regenerativ erzeugten Stroms am Gesamtstromverbrauch der Region im Jahr 2012 bereits 64,7 Prozent. Dies entspricht einer Steigerung seit dem Jahr 2007 um 43 Prozent. Diese Entwicklung wird sich in den nächsten Jahren weiter verstärken. Die klimapolitischen Ziele der EU und der Bundesrepublik Deutschland haben erhebliche Auswirkungen auf den Energiemarkt und stellen neue Herausforderungen an die Energieproduktion und -versorgung. IHK und HWK sehen sowohl die Risiken als auch die Chancen dieser neuen Herausforderungen. Einerseits profitieren zahlreiche Unternehmen der Region Trier vom Ausbau regenerativer Energien. Es sind innovative Unternehmen entstanden, die Arbeitsplätze und Wertschöpfung in der Region geschaffen haben. Dies vor allem im Bereich der Windkraft, aber auch im Bereich Biomasse und Solarenergie – sowohl im Anlagenbau und der Zulieferung als auch im Dienstleistungssektor und im Anlagenbetrieb. Gleichzeitig steigen die Ausbaubedarfe von Leitungsnetzen und technischen Anlagen. Im Hinblick auf die Errichtung von Windkraft-, Photovoltaik- und Biomasseanlagen verschärft sich zunehmend der Flächenwettbewerb mit anderen Nutzungsformen. Zusätzlich entstehen neue Geschäftspotenziale durch die Notwendigkeit von Energieeffizienzsteigerungen. Andererseits wird dieser Umbau der Energielandschaft durch massive Subventionszahlungen vorangetrieben, die preistreibend wirken und den marktwirtschaftlichen Wettbewerb weitgehend außer Kraft

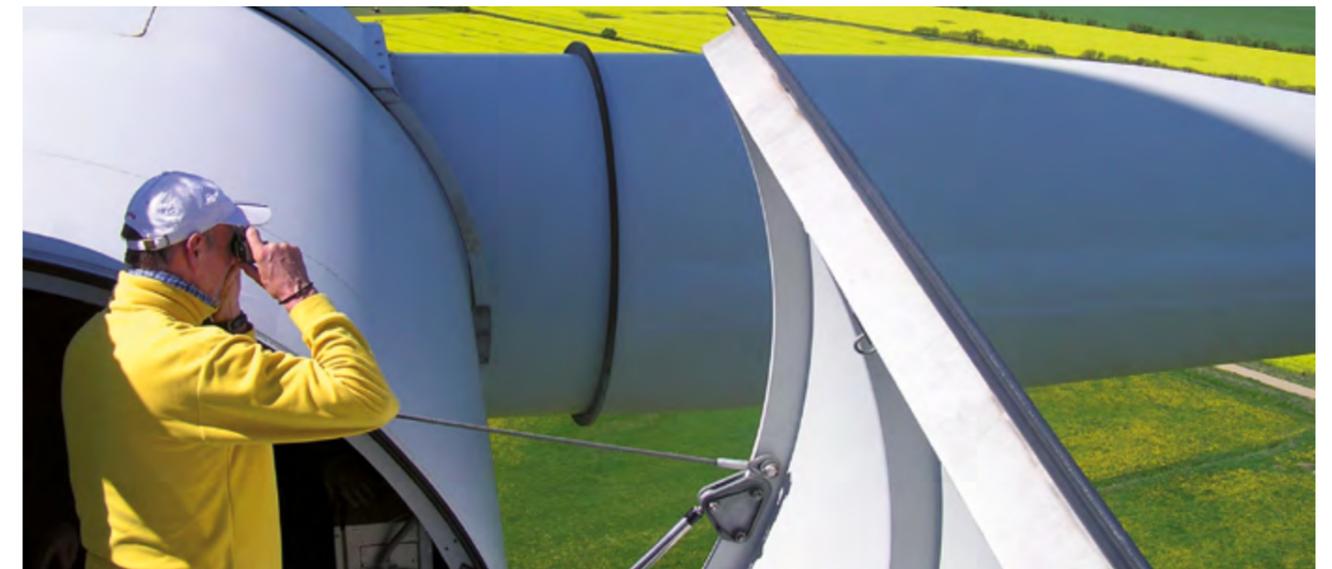
setzen – insbesondere auch zu Lasten der gewerblichen Verbraucher. Zentrales Ziel muss es daher sein, die Energiewende durch eine größere Marktorientierung bei größtmöglicher Versorgungssicherheit kostengünstiger zu gestalten. Auch längerfristig wird Versorgungssicherheit nur in Kombination herkömmlicher mit erneuerbaren Energien zu erreichen sein.

Energieformen sinnvoll kombinieren

Die Ziele einer sicheren, preisgünstigen und umweltverträglichen Energieversorgung müssen in Einklang gebracht werden. Hierzu bedarf es eines ausgewogenen Mix aus regenerativen und konventionellen Energien und einer Integrationsstrategie, durch die unterschiedliche Energieträger und -formen effizient miteinander kombiniert werden können. Neben Energieeffizienzverbesserungen muss zum Erreichen der Energieeinsparziele der Wärmesektor stärker berücksichtigt werden. Der Wärmebereich ist mit einem Verbrauchsanteil von über 40 Prozent der Primärenergie in Deutschland der eigentliche „schlafende Riese“ der Energiewende, dessen Potenzial verstärkt gehoben werden muss. Zur Mobilisierung privaten Kapitals kann es daher sinnvoll sein, auch eine steuerliche Abschreibung energetischer Sanierungsmaßnahmen zu ermöglichen.

Intelligente Stromnetze und Speichertechnologien entwickeln

Das regionale Stromnetz wird zukünftig über einen sehr hohen Anteil volatiler Energien verfügen. Diese Kapazitäten sind perspektivisch nicht verloren, wenn sie sich mit einem intelligenten Stromnetz, einem Smart Grid, nutzen lassen. Zur Erschließung dieser Potenziale bedarf



© windstrom-vindvet

es zukünftig einer engen Verknüpfung und Koordination der dezentral verteilten regionalen Energieproduzenten und -konsumenten. Ein wichtiger Baustein dieses Prozesses liegt in der Entwicklung leistungsfähiger Energiespeichersysteme. Dies ist zurzeit eine der größten Herausforderungen, die es beim Aufbau eines Smart Grid auf regionaler Ebene, insbesondere auch planungsrechtlich, zu bewältigen gilt.

Umweltschutz mit Augenmaß

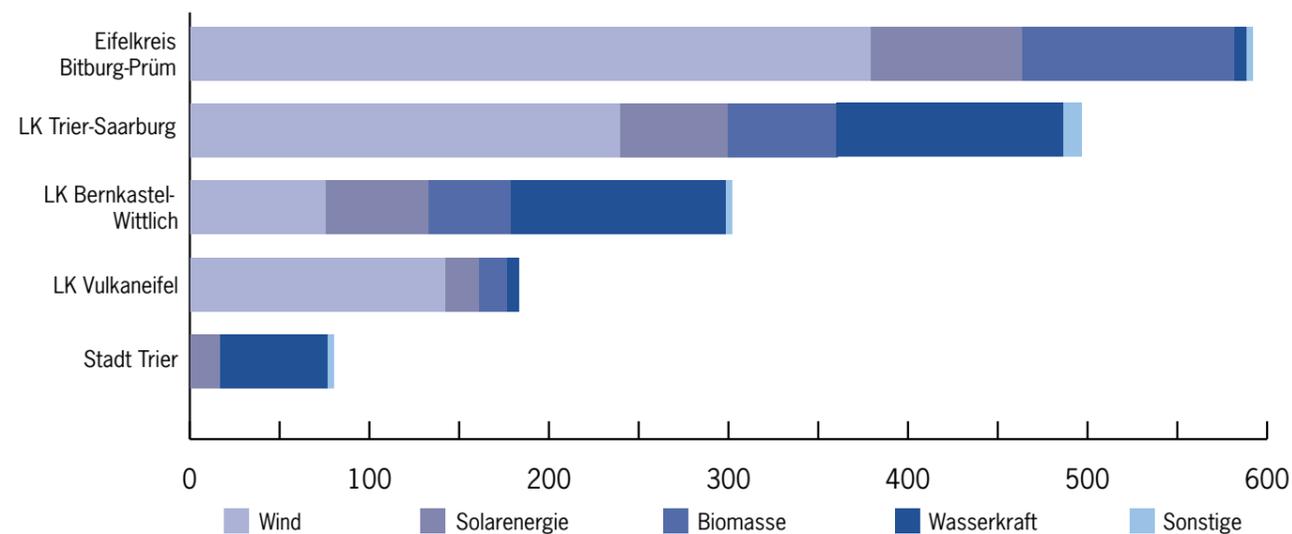
Die Unternehmen in der Region Trier leiden unter einer kaum noch überschaubaren Flut von Umweltvorschriften aller staatlichen Ebenen, die zudem untereinander oft nicht abgestimmt sind und so deren wirtschaftliche Entwicklung behindern. Die Wettbewerbsfähigkeit der Region Trier im internationalen Kontext wird durch „Übererfüllung“ von EU-Vorgaben zusätzlich belastet. Dabei leistet die Wirtschaft schon viel für den Umweltschutz: Trotz wachsender Produktion in den vergangenen Jahren sind die Belastungen von Umwelt und Natur nachweislich gesunken. Die heimische Wirtschaft akzeptiert das Vorsorgeprinzip als umweltpolitische Leitlinie, wenn die angestrebten Maßnahmen in einem angemessenen Verhältnis zu den unternehmerischen

Belangen stehen. Eigeninitiativen und Selbstverpflichtungen der Wirtschaft sollte grundsätzlich Vorrang vor staatlichen Vorschriften eingeräumt werden.

Forderungen von IHK und HWK

- Umweltschutzvorgaben mit Augenmaß umsetzen.
- Eine sichere und bezahlbare Energieversorgung gewährleisten.
- Energieformen technisch und wirtschaftlich effizient kombinieren.
- Netzausbau beschleunigen.
- Regionale Stärken im Bereich erneuerbarer Energien wirtschaftsfreundlich ausbauen.
- Stärkere Fokussierung auf den Wärmesektor und auf Energieeffizienz.
- Auflösung des Sanierungsstaus bei öffentlichen Gebäuden.
- Aufbau eines intelligenten Stromnetzes und leistungsfähiger Speichertechnologien.

Nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) geförderte Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien¹ 2011
in Millionen Kilowattstunden



¹ Einschließlich Stromerzeugung aus Wasserkraftwerken ab 5 Megawattleistung, soweit sie keine Förderung nach EEG erhalten

Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz; Grafik: Wollscheid



© eoliennes-nordex Nordex SE Francis Cormon

Zwölf Forderungen für einen starken Wirtschaftsstandort Region Trier

Anstrengungen aller regionalen Partner intensivieren, mit dem Ziel, Qualität und Image der Region Trier für Fachkräfte weiter zu verbessern.

Anwerbung ausländischer Fachkräfte, Einbindung von Asylbegehrenden in den regionalen Arbeitsmarkt und Schaffung einer ausgeprägten Willkommenskultur in der Region Trier.

Duale Ausbildung als Premiumprodukt gemeinsam weiterentwickeln und eine angemessene Raum-, Sach- und Personalausstattung der Schulen sicherstellen.

Gezielte Berufsorientierung für Schülerinnen und Schüler aller Schularten in enger Kooperation mit der Wirtschaft gewährleisten.

Flächendeckenden Ausbau einer leistungs- und zukunftsfähigen regionalen Breitbandinfrastruktur beschleunigen.

Bedarfsgerechter Ausbau der regionalen Straßenverkehrsinfrastruktur, insbesondere Lückenschluss der A 1, Bau der B 50neu mit Hochmoselübergang und Realisierung von West- und Nordumfahrung Triers.

Sicherstellung einer innenstadtorientierten Ansiedlungspolitik großflächiger Einzelhandelsbetriebe durch entsprechende kommunale Planungen und Etablierung eines Regionalen Dialogs Einzelhandel.

Keine Einführung weiterer Fremdenverkehrs- und Gästebeiträge; zumindest jedoch Sicherstellung der Mitbestimmung der Beitragspflichtigen.

Effiziente Koordination von Aktivitäten und Kooperation von Einrichtungen auf regionaler Ebene zur Vermeidung von Doppelarbeiten und Parallelstrukturen.

Kommunale Leistungen regional- und KMU-freundlich ausschreiben.

Kommunale Haushaltskonsolidierung über die Ausgabenseite durch reduzierte konsumtive Ausgaben und unter Verzicht auf weitere Erhöhungen von Gewerbe- und Grundsteuer erreichen.

Regionale Stärken im Bereich erneuerbarer Energien wirtschaftsfreundlich ausbauen.

[Bildnachweise Umschlag](#)

Titelseite v.l.n.r.: Industriepark Region Trier, IHK, eoliennes-nordex Nordex SE Francis Cormon

Rückseite: HWK

